

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL



»Wir müssen handeln«

Wie EU-Bildungskommissar Ján Figel die Mitgliedsstaaten zu mehr Engagement drängen will. → INTERVIEW Seite 10

ALARM Ergebnisse der
18. Sozialerhebung → 16

INTEGRATION
Hilfe im Studienalltag → 20

MICHAEL HÜTHER
Der Bildungsökonom → 26



Viel erreicht – Viel zu tun!

40 Jahre Hilfe für Kinder in Not: Straßenkinder, arbeitende Kinder, von AIDS betroffene Mädchen und Jungen sowie Opfer von Krieg und Gewalt – wir sorgen für ihre Betreuung und Ausbildung. Und setzen uns weiterhin ein für die Rechte von Kindern. Helfen Sie mit!

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a
49084 Osnabrück

Spendenkonto 700 800 700
Volksbank Osnabrück eG
BLZ 265 900 25
www.tdh.de/40

WISSENSGESELLSCHAFT KOMMT NICHT VON ALLEINE

Die jüngste, inzwischen 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Deutschland zeigt einmal mehr: Im deutschen Bildungssystem entscheidet die soziale Herkunft über den Bildungsweg. Vor allem die Bildungschancen von Akademiker-Kindern und Nicht-Akademiker-Kindern driften auseinander. Mehr Studierende, wie es alle immer fordern, wird es nur geben, wenn sich die deutschen Hochschulen sozial öffnen. Die Wissensgesellschaft entwickelt sich nicht von alleine!_S. 16

Der gleichberechtigte Zugang zum Studium, unabhängig von der Bildungstradition und vom Einkommen der Eltern, ist auch dem EU-Kommissar für Bildung ein Anliegen. Der Slowake Ján Figel eröffnete Mitte Juni eine gemeinsame Konferenz des Deutschen Studentenwerks und des European Council for Student Affairs, auf der mehr als 100 Expertinnen und Experten für »Student Services« aus aller Welt in Berlin zusammentrafen. Im Interview mit dem DSW-Journal konstatiert Figel, im »Europäischen Jahr der Chancengleichheit 2007« hätten noch längst nicht alle Mitgliedsstaaten des Europäischen Hochschulraums den gerechten Zugang zur Hochschule realisiert. Das Interview_S. 10

Neu in Deutschland angekommen, vieles ist fremd, Schwierigkeiten mit der Sprache und mit der Bürokratie, bevor es mit dem Studium losgehen kann. Die Wohnheimtutoren der Studentenwerke kümmern sich um ihre internationalen Kommilitonen, erleichtern ihnen den Einstieg in das Studium und begleiten sie im Studienverlauf. Ein Blick auf die Arbeit eines Wohnheimtutors in Dieburg bei Darmstadt_S. 20

Ausgebrannt – unter dem Manager-Syndrom Burn-out leiden heute auch immer mehr Studierende. Ein Grund ist der tiefgreifende Wandel des deutschen Hochschulsystems, der den Studienalltag grundlegend verändert hat: straffere Stundenpläne, verschultere Studiengänge, größere Anwesenheitspflicht – alles in allem ein enormer zeitlicher Aufwand. Woran man das Burn-out-Syndrom erkennt und wer helfen kann_S. 24

»Wir sind spät dran« sagt Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, wenn er über die Reformen an den deutschen Hochschulen nachdenkt. Armin Himmelrath wollte mehr wissen über den Ökonomen und Historiker_S. 26

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.
Ihr



Achim Meyer auf der Heyde

Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

»Unsere Hochschulen müssen wieder offener und durchlässiger werden, sonst wird der akademische Status nur noch von Generation zu Generation weitervererbt«



Interview_Ján Figel

Bericht_18. Sozialerhebung



10



16

■ CAMPUS

6_Kurznachrichten

schnell, knapp & informativ

6_Zahlenwerk

18. Sozialerhebung

8_Glosse

Eine Welt ohne Rankings

9_Eine Frage...

an die bildungspolitischen Experten aus den Bundestagsfraktionen

■ POLITIK

10_»Wir müssen handeln«

EU-Kommissar Ján Figel im Interview

14_Kommentar zur Bologna-Konferenz

Hans-Christoph Stephan

15_»Student Services« weltweit

Ein Treffen der Akteure

16_Öffnet die Hochschulen!

Alarmierende Ergebnisse der 18. Sozialerhebung

18_BAföG: Mehr Mut

Klaus Landfried im Gespräch

19_Mythos Generation P.?

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt über die »Generation Praktikum«

■ PRAXIS

20_Gelebte Integration

Wohnheimtutoren unterstützen internationale Studierende

24_Studieren bis zum Umfallen

Das Burn-out-Syndrom bei Studierenden

Jede angefangene Stunde
nur 14 Cent!
1 Tag = 3,20 €
1 Woche = 22,- €
1 Monat = 85,- €
6 Monate = 500,- €

KS 15



Heft 2
Juli 2007

PROFILE

26_Der Bildungsökonom

IW-Chef Michael Hüther im Porträt

PERSPEKTIVE

30_St. Florians-Prinzip

Michael Hartmann zur sozialen Auslese an Hochschulen

COMMUNITY

32_Aus den Studentenwerken

32_Personalia

33_DSW-Kurzporträt

Catrin Wirth

33_Medien

Nachgelesen und Im Internet

STANDARDS

3_Editorial

4_Inhalt

33_Impressum

34_Standpunkt



Welche Länder liegen vorne?

Wussten Sie, dass die Studienberechtigtenquote in Nordrhein-Westfalen 52 Prozent beträgt und damit die Zielvorgabe des Wissenschaftsrats in Höhe von 50 Prozent sogar überschreitet, während sie in Bayern nur 34 Prozent ausmacht? Oder wussten Sie, dass nur 14 Prozent aller Professorinnen und Professoren weiblich sind, der Anteil der Frauen in Berlin über 19 Prozent und in Bayern nur gut zehn Prozent beträgt? Die wichtigsten Kennzahlen zu den Themen Hochschulsystem, Hochschulabsolventen, Personalstruktur, Betreuung und Effektivität sowie Einnahmen und Ausgaben der Hochschulen finden Sie in der Broschüre »Hochschulen auf einen Blick« des Statistischen Bundesamtes. Diese hilfreiche Publikation ermöglicht einen schnellen Überblick über Strukturen und aktuelle Entwicklungen in zentralen Bereichen der deutschen Hochschullandschaft.

→ www.destatis.de



Ausgabe April 2007, Bestellnummer: 0110010-05900-1

ZAHLENWERK

18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien studieren **83**, von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition jedoch nur **23**. Die höchste Hochschulzugangsquote haben Kinder aus Beamtenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil studiert hat.

38 Prozent der Studierenden des Sommersemesters 2006 sind der Herkunftsgruppe »hoch«, 24 Prozent der Herkunftsgruppe »gehoben« und 25 Prozent der Herkunftsgruppe »mittel« zuzuordnen. Nur **13** Prozent der Studierenden kommen aus der »niedrigen« sozialen Herkunftsgruppe.

Der Trend der vergangenen Jahre setzte sich damit kontinuierlich fort: Der Anteil aus der Herkunftsgruppe »hoch« steigt, der Anteil der Studierenden aus den unteren beiden Herkunftsgruppen geht weiter zurück.

Studierende haben im Erststudium durchschnittlich **770** Euro monatliche Einnahmen. 27 Prozent der Studierenden müssen mit weniger als 600 Euro im Monat auskommen. 33 Prozent liegen mit ihren monatlichen Einnahmen unter der von Familiengerichten festgelegten Unterhaltshöhe von 640 Euro im Monat.

90 Prozent der Studierenden werden finanziell (teilweise) von ihren Eltern unterstützt. Im Durchschnitt erhalten sie 448 Euro von ihnen. Ausschließlich von der Finanzierung durch die Eltern leben 13 Prozent. Rund 60 Prozent der Studierenden sichern ihren Lebensunterhalt durch (zusätzlichen) eigenen Verdienst, knapp fünf Prozent leben ausschließlich vom eigenen Verdienst.

34 Prozent ihrer monatlichen Einnahmen geben Studierende im Durchschnitt für Miete und Nebenkosten aus. Wohnen im

Wohnheim kostet sie im Schnitt 201 Euro. Das Wohnheim ist die preiswerteste Wohnform für Studierende.

83 Prozent der Studierenden besuchen im Laufe einer Woche durchschnittlich viermal die Mensa oder Cafeteria. Stammgäste in der Mensa sind tendenziell eher Männer; 49 Prozent der Studenten gehen mindestens dreimal in der Woche zum Mittagessen dorthin. Von den Studentinnen sind es 30 Prozent.

7 Prozent aller Studierenden haben ein Kind. Bei Studierenden im Erststudium sind es fünf Prozent, bei Studierenden in postgradualen Studiengängen 20 Prozent.

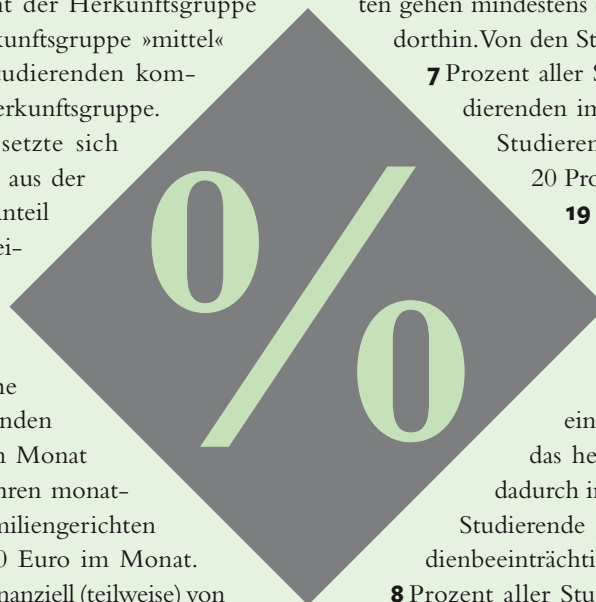
19 Prozent der Studierenden haben gesundheitliche Beeinträchtigungen, für 56 Prozent dieser Studierenden wirkt sich dies nicht auf das Studium aus. In absoluten Zahlen haben damit 327 000 der Studierenden eine gesundheitliche Schädigung, 143 000, das heißt 44 Prozent von ihnen, fühlen sich dadurch in ihrem Studium eingeschränkt. 27 000 Studierende geben eine starke bzw. sehr starke Studienbeeinträchtigung an.

8 Prozent aller Studierenden haben einen Migrationshintergrund. 11 Prozent von ihnen haben die doppelte Staatsangehörigkeit, 43 Prozent sind so genannte Bildungsinländer und 46 Prozent Eingebürgerte.

Weiter Informationen unter

→ www.sozialerhebung.de

→ www.studentenwerke.de → Sozialerhebung



Sind deutsche Professoren wirklich so faul?

Sein Buch sorgt für Unmut und Zustimmung. DSW-Journal hat bei Uwe Kamenz, Co-Autor des Buchs »Professor Untat«, nachgefragt.

»Professoren sind genauso faul wie jede andere Berufsgruppe. Wir haben berechnet, dass etwa fünf Prozent aller Professoren nichts tun. Der Unterschied zu anderen Berufsgruppen besteht nur darin, dass Faulheit von unserem Hochschulsystem aktiv gefördert wird und dass man sich schützend vor die Faulen stellt. So gesehen fragt man sich, warum es nur fünf Prozent sind!

Außerdem lehren und forschen weitere 45 Prozent der Professoren weniger als 20 Stunden die Woche. So gibt es zum Beispiel einige Wissenschaftsminister, die sich mit dem Berufstitel des Professors schmücken, obwohl sie seit Jahren nicht mehr als Professor tätig waren. Diese sind sicherlich genauso wenig faul wie die professoralen Chefärzte, die sich nur selten an die Unis in eine Vorlesung verirren. Sie sind aber als Professor untätig.

Somit ergibt sich eine großartige Chance: Die Öffentlichkeit und vor allem die Studierenden können durch Aktivierung der untätigen Professoren ohne größeren Geldeinsatz die Professorenleistung verdoppeln! Und zwar mit Hilfe des Internets. Zehn Vorschläge dazu stehen in unserem Buch und auf unserer Website.«

1. Auflage 2007, 282 Seiten, 18 Euro

Econ, ISBN 978-3-430-20018-9

→ www.econ.de



Foto: Econ



Fotos: Hochschul-Sozialwerk Wuppertal/Thomas Riehle

Strom sparen ist gar nicht so leicht!

Rund 10 000 Studierende in 55 Studentenwerks-Wohnheimen bundesweit sind im Mai 2007 zu den Stromsparmeisterschaften der Studentenwohnheime angetreten, die die Deutsche Energie-Agentur (dena) zusammen mit dem Deutschen Studentenwerk veranstaltet. Ziel ist es, dass die Mieter durch Änderung ihres Verhaltens und ihrer Gewohnheiten möglichst viel Energie einsparen. Technische Tricks, wie der Einbau von Energiesparlampen, sind übrigens verboten; der Verzicht auf den energieverwendenden Stand-by Betrieb bei Geräten dagegen ist ausdrücklich erlaubt. Die Sieger werden bei einer Preisverleihung in diesem Sommer bekannt gegeben. Es bleibt also spannend: Wer am erfolgreichsten Strom sparen kann, erfahren Sie in der nächsten Ausgabe des DSW-Journal.

→ www.stromeffizienz.de

Der Blick zurück in die Zukunft

Kurz nach dem Internationalen Museumstag öffnete das Studentenwerk Göttingen seine Türen für ein Erlebnis ganz besonderer Art: um mit seiner »Sammlung des Studentenwerks« ein Stück Studentenwerks-Zeitgeschichte zu präsentieren. Mit dieser ungewöhnlichen, kleinen Ausstellung, die 85 Jahre Studentenwerksgeschichte zeigt, wird eindrucksvoll unterstrichen, wie



Kartoffeln schälen für Studierende um 1949

Fotos: Studentenwerk Göttingen

sich Ausstattung, Technik und Arbeitsabläufe im Laufe der Jahrzehnte verändert haben. Die Katakomben des Studentenwerks bargen ungeahnte Schätze: von alten Münzzählmaschinen über originelle Handspülmaschinen für Gläser bis hin zu aufschlussreichen schwarz-weiß Fotografien. Die Sammlung dokumentiert, wie das Studentenwerk Göttingen seinen Auftrag in über acht Dekaden wahrgenommen hat, Studierenden attraktive Rahmenbedingungen für ein Studium zu bieten.

Die »Sammlung des Studentenwerks« kann von Montag bis Freitag, 9:00 bis 15:00 Uhr, im Foyer der Zentralmensa, Ebene 1, Platz der Göttinger Sieben 4, 37073 Göttingen, besichtigt werden. Der Eintritt ist kostenlos.

→ www.studentenwerk-goettingen.de

Mail: christian.kopp@studentenwerk-goettingen.de
sammlung@studentenwerk-goettingen.de



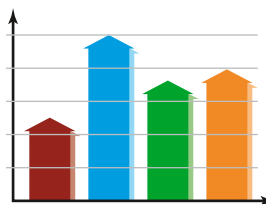
Gläserwaschmaschine

Glosse Eine Welt ohne Rankings

Eigentlich wusste ich es doch schon immer: Die Hochschulrankings sind für die große blaue Tonne!

In der Beilage einer großen Zeitung stand es schwarz auf weiß: Bei Hochschulrankings werden eigentlich Äpfel mit Birnen verglichen. Die Studien seien teilweise tendenziös und die Ergebnisse daher nicht repräsentativ. Wurden die richtigen Leute gefragt? Wurden überhaupt ausreichend Leute gefragt, die eine repräsentative Grundmenge ergeben? Und wurde überhaupt das Richtige gefragt? Je länger ich darüber nachdenke, desto komplexer wird das Problem. Was nun? Große Ratlosigkeit. Und UNICUM BERUF sucht gerade den Professor des Jahres – auch das noch.

Wie viele Tonnen Papier werden jedes Jahr dafür verschwendet, wie viele Bäume müssen dafür sterben, dass wir etwas erfahren, ja sogar mit Spannung darauf warten, das sich jetzt als bedeutungslos herausstellt? Ich gebe zu, so ein Ranking hat auch meine Wahl des Studienorts ein wenig beeinflusst – damals. Bei der Studienfachwahl habe ich auch gleich zweimal nachgedacht und mich dann doch lieber für das Fach entschieden, das erfolgversprechender war. Ein großer Fehler? Ginge es mir vielleicht besser, wenn ich



gar nichts von Rankings gewusst hätte? Habe ich doch letztens erst wieder im Café in so ein Magazin geschaut, das behauptet, ich könne meine Uni darin bewertet finden nach Qualität von Lehre und Forschung, Betreuung, Berufsbezug, Ausstattung, Studiensituation insgesamt und so weiter und so fort. Kategorisiert, bestimmt, gestempelt, ab in die Schublade und zu. So einfach geht das. Wer ganz oben steht, kann sich seine Studierenden aussuchen: würfeln, nach Noten, Beziehungen oder Aussehen auswählen – ich mag mir das lieber nicht weiter ausmalen. Wer weiter unten steht, hat leider ein Problem. Wer will schon dorthin, wo es laut Rankinglisten keine gute Lehre, untätige oder gar faule Professoren, keine oder nur Bücher mit Eselsohren in der Bibliothek, keine netten Studentenkneipen und vieles mehr gerade nicht oder gerade doch gibt? Ob Spiegel, CHE, Focus, www.meinprof.de, Unicum oder wie sie alle heißen. Jetzt ist es auf dem Tisch: Die Rankinglisten sind sowieso alle »Fakes«. Aber ist das nicht eigentlich egal, da wir doch jetzt die Elite-Unis haben? Wen interessiert es da noch, ob die eigene Uni auf dem 23. oder 137. Platz steht? In Zukunft gibt es nur noch Elite und den Rest, also Mango und den gemeinen deutschen Apfel.

Ihr Constantin Quer

Wohnst du noch, oder lebst du schon?

Es geht auch anders: Studentenwerke und Wohnungsunternehmen nutzen neue Formen der Kooperation.

Um auch bei kurzfristiger Knappheit – vor allem am Semesterbeginn – den Studierenden ausreichenden Wohnraum anbieten zu können,



kooperieren die Studentenwerke an manchen Orten mit Unternehmen der Wohnungswirtschaft. In einer neuen Publikation stellt das Deutsche Studentenwerk in einer Auswahl acht erfolgreiche und interessante Projekte dieser

Zusammenarbeit vor: »Kooperation Studentenwerke mit Wohnungsunternehmen – Beispiele aus der Praxis«. Dabei sind die Formen vielfältig: So vermittelt das Studentenwerk Thüringen zum Beispiel potenzielle Mieter an einen privaten Investor, und das Studentenwerk München mietet selbst Wohnplätze an, um sie dann an Studierende weiterzugeben. Ein anderes Modell: Zusammen mit dem Wohnungsunternehmen WoWi und der Stadt Frankfurt (Oder) erarbeitet das Studentenwerk Frankfurt (Oder) Stadtumbaukonzepte. Erfreulicherweise funktioniert die Zusammenarbeit der Studentenwerke mit der Wohnungswirtschaft auch dort, wo man – nicht ganz zu Unrecht – eigentlich eine Konkurrenzsituation vermutet, also vor allem an Standorten in den neuen Bundesländern. Hier gibt es in der Regel einen Angebotsüberhang an Wohnmöglichkeiten. Aber selbst in dieser Situation kann es – wie die Publikation zeigt – ein Miteinander geben. Und dies wohlgerne in beiderseitigem Interesse.

Die Broschüre zum Download:

→ www.studentenwerke.de → Publikationen

Bestellung:

Sabine Jawurek, Tel. 030/29 77 27 21,

sabine.jawurek@studentenwerke.de

Eine Frage ...

Heft für Heft stellen wir den bildungspolitischen Experten aus den Bundestagsfraktionen eine Frage und bitten um Antwort.

Was bringen Studiengebühren?



Dorothee Bär MdB, CDU/CSU

Studiengebühren sensibilisieren Studierende, in den Universitäten genauer hinzuschauen, wie mit Geldern umgegangen wird, und aktivieren sie, sich stärker in der Hochschulpolitik zu engagieren, um günstige Rahmenbedingungen für ein effektives und schönes Studium zu schaffen.

→ www.dorothee-baer.de



Uwe Barth MdB, FDP

Studiengebühren tragen bei gezielter Verwendung an den Hochschulen zu besserer Ausbildungsqualität und kürzeren Studienzeiten bei. Der entstehende Wettbewerb zwischen den Universitäten ist im Sinne der Studenten, das steigende Bewusstsein für den Wert des Studiums im Sinne der Hochschulen. Gekoppelt mit heute noch fehlenden Stipendien ist eine »Sozialauslese« keine »zwingende Folge« von Studiengebühren.

→ www.uwe-barth-thueringen.de



Kai Gehring MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Die Campus-Maut verschärft die soziale Selektion an der Hörsaalpforte: Studieren kann nur noch, wer es sich leisten kann. Studiengebühren schrecken junge Menschen vom Studium ab und verdrängen sie auf den Lehrstellenmarkt – die Folge: Ausbildungsmisere und Fachkräftemangel spitzen sich zu. Ein Studium darf nicht beim Schuldenberater enden.

→ www.kai-gehring.de



Cornelia Hirsch MdB, Die Linke

Nichts von dem, was die BefürworterInnen uns weismachen wollen: Sie bringen weder mehr Qualität in der Lehre, noch mehr Gerechtigkeit beim Hochschulzugang und erst recht keine bessere Mitbestimmung für Studierende. Stattdessen versperren sie den Weg an die Hochschule und sorgen für ein Verständnis von Studium und Wissenschaft, das sich allein an kapitalistischer Verwertbarkeit orientiert.

→ www.nele-hirsch.de



Jörg Tauss MdB, SPD

Studiengebühren sind bildungspolitisch kontraproduktiv, familienfeindlich und schlicht unsozial. Durch ihre Einführung werden nicht nur Kinder aus sozial schwachen Familien benachteiligt, sondern zunehmend auch junge Menschen aus den Mittelschichten.

Studiengebühren schrecken eher vom Studium ab. So kann unser Land den Bedarf an hoch- und höchstqualifizierten Arbeitskräften nicht decken.

→ www.tauss.de

Fotos: privat

»Wir müssen handeln«

JÁN FIGEL ist der Mann, der sich in Brüssel für Chancengleichheit beim Studieren in Europa stark macht. Er will, dass Arbeiterkinder nicht nur in Irland, Spanien und Finnland sehr gut an den Hochschulen vertreten sind. Das Interview.

DSW-Journal: Herr Figel, »Bildung verbindet« ist das Leitmotiv während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Bildungsbereich. Was heißt das konkret für Sie?

Figel: Mir gefällt dieses Motto sehr gut, denn im europäischen Kontext hat es eine doppelte Bedeutung. Zum einen ist Bildung sehr wichtig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaften. Bildung sollte jeder und jedem das Rüstzeug an die Hand geben, eine eigenständige und aktive Rolle in unserer Gesellschaft zu spielen. Zum anderen verbindet Bildung in Europa Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen. Im Rahmen unserer Programme wie Erasmus oder Leonardo da Vinci verbringen jedes Jahr Tausende von Studierenden, Auszubildenden und Lehrenden einige Zeit in einem anderen Land, um gemeinsam zu studieren und zu arbeiten. Diese Erfahrung ist eine große Bereicherung, die durch nichts zu ersetzen ist. Wir haben im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft in beiden Bereichen sehr eng zusammen gearbeitet: Bei einem Ministertreffen haben wir intensiv darüber debattiert, wie wir die frühkindliche Bildung und auch die Erwachsenenbildung so entwickeln können, dass sie zu größerer Chancengerechtigkeit und damit zu einem besseren Zusammenhalt unserer Gesellschaften beitragen. Und Anfang Mai 2007 fand in Berlin eine große Startkonferenz für das neue Bildungsprogramm für Lebenslanges Lernen statt.

DSW-Journal: Im Rahmen des Bologna-Prozesses haben sich die Bildungsminister/innen der beteiligten Staaten darauf verständigt, bis 2010 einen

Hochschulraum Europa zu schaffen. Auf der Konferenz im Mai 2007 wurde eine Einschätzung des bisher Erreichten durchgeführt. Auch die Lissabon-Strategie zielt darauf ab, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Wie sieht Ihre persönliche Zwischenbilanz aus?

Figel: Im Hinblick auf die Lissabon-Strategie ist für mich besonders augenfällig, dass der Stellenwert der Bildung im Rahmen der nationalen Reformprogramme der Mitgliedsstaaten deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Fast alle Mitgliedsstaaten betonen die Bedeutung der Bildung für die langfristige Sicherung von Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit. Jetzt kommt es darauf an, den Worten Taten folgen zu lassen und die angekündigten Maßnahmen umzusetzen. Dabei spielen die Bologna-Reformen zweifellos eine wichtige Rolle und die Londoner Konferenz hat beträchtliche Fortschritte in allen Bereichen gezeigt. Ich denke allerdings, dass

»Der Stellenwert der Bildung hat im Rahmen der nationalen Reformprogramme der Mitgliedsstaaten deutlich an Bedeutung gewonnen«

Europa über die Erneuerung der Studienstrukturen und Curricula hinausgehen muss, etwa durch die Schaffung virtueller Hochschulen und neuer Formen der Hochschulsteuerung. Die Hochschulen sollten auf professionelles Management Wert legen und ihre Finanzierungsquellen diversifizieren. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass sie sich gegenüber neuen Arten von Studierenden, Stichwort Lebenslanges Lernen, aber auch gegenüber der Industrie und der Gesellschaft insgesamt öffnen. Was die Mitgliedsstaaten angeht, so sollten diese ihre Hochschulsysteme in den zentralen Bereichen Bildung, Forschung und Innovation modernisieren, um mehr Diversifizierung und Flexibilität zu erlauben und die





→ Hochschulen in noch stärkerem Maß für die Bedürfnisse der Gesellschaften, deren Teil sie sind, zu öffnen. Dies wären wichtige Schritte auf dem Weg zum Europäischen Hochschulraum, aber auch zum Europäischen Forschungsraum.

DSW-Journal: Welche größten Hemmnisse gilt es derzeit noch zu beseitigen, damit die Lissabon-Strategie nicht eine Strategie bleibt, sondern Realität wird?

Figel: Wie bereits gesagt, ist Umsetzung das Schlüsselwort. Lissabon kann nur funktionieren, wenn wir den gemeinsam identifizierten Herausforderungen und Zielen auch konkrete Maßnahmen folgen lassen. Dies geschieht auf der Ebene der Mitgliedsstaaten, der Sozialpartner, der Bildungseinrichtungen usw. Manche der Ziele, die wir uns gemeinsam gesteckt haben, sind noch nicht erreicht, etwa hinsichtlich der Reduzierung der Zahl von Schulabbrechern oder einer stärkeren Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen. Gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten, Wirtschaftsverbänden und Bildungsvertretern arbeiten wir auch an speziellen Themen und Maßnahmen zur Unterstützung nationaler Reformen. Ein Beispiel ist der Europäische Qualifikationsrahmen. Dabei geht es um die Erleichterung des Übergangs zwischen verschiedenen Bildungssystemen, also sowohl zwischen verschiedenen Ländern als auch zwischen Bereichen wie der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung, Stichwort: bessere Durchlässigkeit. Das macht Bildung attraktiver und hilft den Menschen. Wie bei allem, was wir tun, ist die Umsetzung in den Mitgliedsstaaten entscheidend, denn diese sind für ihre Bildungspolitik zuständig. Die Kommission unterstützt jedoch nationale Reformen nach Kräften, vor allem durch den europaweiten Austausch von Ideen und guter Praxis.

DSW-Journal: Sehen Sie in der bisherigen Entwicklung zum Hochschulraum Europa – auch im Vergleich mit außereuropäischen Bildungsstandorten – die soziale Dimension ausreichend berücksichtigt? Wird es über die Datenerhebung von EUROSTUDENT hinaus nicht auch erforderlich sein, stärker in die sozialen Rahmenbedingungen beziehungsweise »Student Services« (Wohnen, Verpflegung, Studienfinanzierung, Beratung für Studierende) zu investieren und vergleichbare Standards zu setzen, um sowohl international wettbewerbsfähig zu sein als auch Chancengleichheit beim Hochschulzugang und Studienverlauf zu sichern?

Figel: Die soziale Dimension spielte bei der Londoner Konferenz, wie auch schon bei der Bergen-Konferenz vor zwei Jahren, eine zentrale Rolle. Es geht darum, den Zugang zur Hochschulbildung offen und gerecht zu gestalten, aber gleichzeitig die Qualität sicherzustellen. Die von Ihnen angesprochenen Themen berühren allerdings nicht nur den Bildungsbereich, sondern auch die Zuständigkeit anderer Ressorts. Dies erschwert die Erhebung von validen und vergleichbaren Daten derzeit noch. Die Europäische Kommission, die hier mithilfe von Eurostat und Eurydice in den vergangenen Jahren gute Vorarbeit geleistet hat, wird in den kommenden Jahren noch weitere Anstrengungen unternehmen, um europaweit gültige Parameter zu erarbeiten, damit wir genau wissen, worüber wir reden. Die Entscheidung über Formen der Unterbringung oder Finanzierung von Studierenden fällt allerdings in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten.

»Es geht darum, den Zugang zur Hochschulbildung offen und gerecht zu gestalten, aber gleichzeitig die Qualität sicherzustellen«

DSW-Journal: Europäischer Hochschulraum heißt auch Mobilität der Studierenden. Studien zufolge soll die globale Mobilität insgesamt in den kommenden Jahren erheblich zunehmen. Studierende aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten und Nicht-EU-Staaten stehen hier vor großen Barrieren. Wie soll die Mobilität steigen, wenn Studierende an Visumsbeschaffung oder einer fehlenden Arbeitserlaubnis scheitern?

Figel: Was die Studierenden aus den neuen Mitgliedsstaaten angeht, so gelten für sie die gleichen Visumsbestimmungen wie für diejenigen aus den alten Mitgliedsstaaten. Hinsichtlich der Arbeitserlaubnis bestehen in der Tat noch einige Ausnahmeregelungen, die aber im Laufe der kommenden Jahre abgebaut werden. Die angesprochene Problematik betrifft mithin vor allem Studierende aus Drittländern. Das Thema Arbeitserlaubnis fällt dabei unter das Subsidiaritätsprinzip und ist Sache der Mitgliedsstaaten. Bezüglich der Visumsfrage ist die EU hingegen aktiv geworden und es gibt erste Anzeichen dafür, dass die beiden Richtlinien von 2004 und 2005 über die Einreise von Studierenden und Forschern aus Nicht-EU-Ländern die Visumverfahren tatsächlich vereinfachen¹. Dies wird die Anziehungskraft des Europäischen Hochschulraums, aber auch des Europäischen Forschungsraums deutlich verstärken.

DSW-Journal: Abhilfe könnte das neue mit rund sieben Milliarden Euro dotierte Programm »Lebenslanges Lernen 2007–2013« schaffen, das über die Ausweitung von Erasmus die Mobilität von Lehrenden und Lernenden aller Bildungsstufen fördern soll. Bislang geht der Großteil der Studierenden (bis zu 85 Prozent) als so genannte Freemover ins Ausland, das heißt vollkommen selbstständig und nicht im Rahmen eines Programms. Reichen da die Programmmittel überhaupt aus, eine nennenswerte Steigerung zu erzielen, insbesondere auch im Hinblick auf die Steigerung der Bildungsbeteiligung?

(1) Richtlinie 2004/114/EG für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Absolvierung eines Studiums sowie Richtlinie 2005/71/EG über die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung

Figel: Ihre Frage scheint auf die Schaffung eines europäischen Hochschulbildungsrahmens zu zielen, mithin eher auf die europäische als auf die internationale Mobilität. Unter den europäischen Mobilitätsprogrammen ist Erasmus bei weitem das größte. Auch wenn Erasmus nur einer eher kleinen Anzahl von Studierenden zu einer Mobilitätserfahrung verhilft, ist und bleibt Erasmus der Vorreiter, was die Rahmenbedingungen für die Mobilität betrifft. Durch die strukturierte Kooperation hat Erasmus dazu beigetragen, dass Universitäten internationale Büros eröffnen und andere Dienstleistungen für Studierende bereitstellen. Diese Aktivitäten wie auch die anderen Erasmus-Instrumente, zum Beispiel das ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System), haben den Weg zum Europäischen Hochschulraum geebnet.

Der Bologna-Prozess wird auch zu einem Anstieg der Erasmusmobilität durch leichter vergleichbare Studienstrukturen und Abschlussgrade beitragen. Während

Erasmus in den vergangenen 20 Jahren die Mobilität von 1,7 Millionen Studierenden ermöglicht hat, soll bis zum Jahr 2012 durch erhöhte Stipendien und vereinfachte Rahmenbedingungen die Zahl von drei Millionen erreicht werden.

DSW-Journal: Mit dem Programm »Lebenslanges Lernen« wird auch der Austausch von Hochschulverwaltungspersonal gefördert. In Europa sind die für den wichtigen Bereich »Student Services« zuständigen Personen – im Gegensatz zu den USA oder Asien – nicht Angestellte der Universitäten, sondern in der Regel bei hochschulnahen, jedoch rechtlich eigenständigen Organisationen tätig. Halten Sie es im Hinblick auf die Implementierung vergleichbarer Standards nicht auch für erforderlich, die Austauschprogramme auch für diesen Personenkreis zu öffnen?

Figel: Im Programm für Lebenslanges Lernen/Erasmus wird nicht nur die Mobilität von Personal aus den Hochschulverwaltungen gefördert, sondern auch aus Unternehmen. Dahinter steht der Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft zu intensivieren. Unternehmen werden dabei so definiert, dass sie eine möglichst große Anzahl von Akteuren einschließen (Artikel 2, Nr. 25: »Unternehmen sind alle wirtschaftlichen Einheiten, die im öffentlichen oder privaten Sektor unabhängig von Größe, rechtlichem Status oder wirtschaftlichem Sektor, soziale Wirtschaft eingeschlossen, aktiv sind«).

DSW-Journal: Hochschulraum Europa und Forschungsraum Europa: Sind das zwei Seiten einer Medaille? Oder sehen Sie mögliche Synergieeffekte?

Figel: Obwohl der Hochschulraum mit seinen 46 Ländern weit über den Forschungsraum Europa, bei dem es sich um ein Konzept der EU handelt, hinausgeht, bewegen sich aus unserer Sicht doch beide kontinuierlich aufeinander zu. Eine wesentliche Rolle spielen dabei auch die unterstützenden Maßnahmen der Kommission wie etwa Erasmus, Erasmus Mundus, die Förderung der Qualitätssicherung oder die erwähnten Richtlinien für die erleichterte Einreise von Studierenden und Forschern, die sowohl Studierenden als auch Hochschullehrern und Forschern zugute kommen.

DSW-Journal: Das Jahr 2007 ist das »Europäische Jahr der Chancengleichheit«. Ist es nicht eigentlich →



ZUR PERSON

Ján Figel

geboren 1960 in Vranow nad Topľou in der Slowakei, verheiratet, vier Kinder. Ján Figel studierte Elektrische Antriebe und Leistungselektronik an der Technischen Universität in Košice. Nach einer mehr als zehnjährigen Karriere als Forschungs- und Entwicklungsingenieur studierte er Internationale Beziehungen an der Georgetown University in Washington D. C. und Europäische Wirtschaftliche Integration an der UFSIA in Antwerpen.

Seine politische Laufbahn begann 1992, als er Abgeordneter des Nationalrats der Slowakischen Republik wurde, einer konservativen, christlich-demokratischen Partei. Ján Figel war der Hauptvermittler bei den Verhandlungen über den Beitritt der Slowakischen Republik in die Europäische Union. Seit Mai 2004 ist Ján Figel Mitglied der Europäischen Kommission und als Kommissar für Bildung, Weiterbildung, Kultur und Jugend zuständig.



Ján Figel im Gespräch mit Achim Meyer auf der Heyde

In den meisten Mitgliedsstaaten gibt es derzeit einen klaren Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Herkunft und Zugang zur Hochschulbildung. Wir haben diesen Sachverhalt sorgfältig analysiert und dabei festgestellt, dass es große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gibt. So zeigt etwa das EUROSTUDENT-Projekt, das den Hochschulzugang in Europa untersucht, dass Arbeiterkinder in Irland, Spanien und Finnland sehr gut an den Hochschulen vertreten sind, wogegen sie in anderen Ländern unterrepräsentiert sind. Offensichtlich haben es manche Länder geschafft, mittels geeigneter Strategien die potenziell negativen Folgen der sozio-ökonomischen Herkunft auszugleichen.

Die Mitgliedsstaaten haben sich beim Europäischen Ratstreffen im Frühjahr 2006 verpflichtet, sicherzustellen, dass ihre Bildungs- und Ausbildungssysteme sowohl effizient als auch gerecht sind. Die Agenda »Allgemeine und Berufliche Bildung 2010« unterstützt sie dabei, indem sie den Schwerpunkt auf Aspekte der Gerechtigkeit legt. Eine Gruppe von Mitgliedsstaaten bearbeitet derzeit das Thema »Zugang und soziale Eingliederung im Bildungsbereich«. Die diesjährige Ausgabe des Fortschrittsberichts über die Lissabon-Ziele in der allgemeinen und beruflichen Bildung wird sich verstärkt mit Fragen der Gerechtigkeit in Bildung und Ausbildung befassen und dazu Daten zum Einfluss der sozio-ökonomischen Herkunft von Studierenden, einschließlich des Bildungsniveaus der Eltern, der Familienstruktur und eines möglichen Migrationshintergrunds, heranziehen.

→ eine Farce, von Chancengleichheit zu reden, wenn nach wie vor junge Menschen aus bildungsfernen Schichten kaum Zugang zur Hochschule bekommen, weil die finanziellen Rahmenbedingungen ihre Chance hemmen?

Figel: Bildung spielt oft eine zentrale und zugleich paradoxe Rolle in Bezug auf Ungerechtigkeit – sie kann einerseits dabei helfen, ungerechte Verhältnisse zu überwinden, aber de facto trägt sie oft zum Ausschluss bestimmter Gruppen von Lebenschancen bei.

DSW-Journal: Letzte Frage: Was verstehen Sie persönlich unter der sozialen Dimension des europäischen Hochschulraums?

Figel: Ich verstehe darunter die in der vorigen Frage erwähnte Chancengleichheit hinsichtlich der Hochschulbildung und schließe mich der Forderung des Londoner Kommuniqués an, derzufolge die Studierenden, die sich an einer Hochschule einschreiben, ein Studienprogramm absolvieren und dieses abschließen, in ihrer Zusammensetzung die Vielfalt der europäischen Bevölkerung widerspiegeln sollten.

DSW-Journal: Vielen Dank für das Gespräch. ■

KOMMENTAR Bologna-Konferenz

Mitte Mai 2007 haben die europäischen Bildungsminister in London die letzte Runde für den Endspurt zum europäischen Hochschulraum eingeläutet – und gleich gesagt: Bis 2010 stehen bestenfalls die Fundamente. Das genügt auch. Vielmehr kann man mit dem Bologna-Prozess vorerst nicht erreichen. Bis zum Richtfest des Bologna-Hauses dauert es wahrscheinlich noch bis 2020. Die Bauarbeiten dafür müssen die Hochschulen und Fakultäten selbst erledigen. Und deshalb ist es gerade nicht so wie manche Fakultätentage Ende Mai 2007 monierten, dass mit der Londoner Erklärung die Hochschulen von oben nach unten umgestaltet werden. Wer so denkt, schaut nur bis zum eigenen Gartenzaun. Die Politiker haben sich nicht auf die Fahnen geschrieben, den Bologna-Prozess mit Leben zu füllen. Das ist der Job der Professoren und Verwaltungsmitarbeiter an den Hochschulen.

Wenn sie die Wände des Bologna-Hauses nicht hochziehen, Fenster einbauen und tapezieren, dann schafft es keiner. Und die Studierenden müssen dafür kämpfen, dass die sozialen Aspekte – etwa: Wohnheimplätze für ausländische Kommilitonen – nicht hinten runter fallen. In der Londoner Erklärung nehmen sie bereits jetzt den kleinsten Raum ein.

DER AUTOR

Hans-Christoph Stephan

35, ist Redakteur der *duz* – das unabhängige Hochschulmagazin



Fotos: privat (Autor); Kay Herschelmann

»Student Services« weltweit



GRENZENLOS Zum ersten Mal trafen sich »Student Services«-Experten aus aller Welt in Berlin und verglichen die soziale Infrastruktur im europäischen Hochschulraum mit außereuropäischen Bildungsregionen.

— Bis zum Jahr 2010 soll der europäische Hochschulraum Wirklichkeit werden: Für europäische Studierende heißt dies Studium ohne Grenzen und vergleichbare Abschlüsse in 46 Ländern. Europa will aber auch im Wettbewerb der Bildungsstandorte um die besten Talente weltweit mithalten. Dies kann nur gelingen, wenn die rund 31 Millionen Studierenden sich auf eine international vergleichbare, bedarfsorientierte und gute soziale Infrastruktur verlassen können. Die »Student Services« wie Wohnen, Essen, Studienfinanzierung, Beratung, Kinderbetreuung und Kultur werden in Zukunft ganz entscheidend die weltweite Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulraums ausmachen.

Das Deutsche Studentenwerk veranstaltete in Kooperation mit dem europäischen European Council for Student Affairs (ECStA) im Juni 2007 das erste Gipfeltreffen der »Student Services«-Experten aus aller Welt in Europa. An der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Deutschen EU-Präsidentschaft geförderten Konferenz nahmen mehr als 100 Fachleute teil, die insgesamt 20 Länder und vier Kontinente repräsentierten.

Verglichen wurden unterschiedliche Ansätze aus Singapur, Neuseeland, Japan, den USA, Kanada, aber auch innerhalb Europas. Zentrale Frage war, welche strategische Rolle »Student Services« für die weltweite Positionierung von Hochschulen im globalen Bildungswettbewerb spielen und wie neue Anforderungen an sie perspektivisch ausgestaltet werden sollten.

Der EU-Kommissar für Bildung, Weiterbildung, Kultur und Jugend, Ján Figel, eröffnete die Konferenz mit dem Hinweis, dass Exzellenz in der Hochschulbildung erst dann erreicht werden könne, wenn der sozioökonomische Hintergrund eines Menschen keine Barriere mehr darstellen

»Europa ist eine kulturelle Supermacht«

EU-Kommissar Ján Figel

Akademischen Austauschdiensts (DAAD), Christian Bode, definierte unter anderem preisgünstigen Wohnraum, Verbesserung der Finanzierung sowie Angebote zur Stärkung der sozialen Kontakte zwischen internationalen und deutschen Studierenden als unabdingbare Elemente zur Steigerung der weltweiten Attraktivität des Hochschulraums Europa. Die Bedeutung der Infrastruktur wurde auch vom Generalsekretär der Alexander von Humboldt Stiftung (AvH), Georg Schütte, bei seiner Vorstellung der durch die AvH geförderten Welcome Center bestätigt.

Wie wichtig international vergleichbare »Student Services« sind, zeigten auch die Ausführungen von Bernd Wächter von der Academic Cooperation Association (ACA). Bei außereuropäischen Studierenden, insbesondere aus Indien und China, genieße Europa wegen seiner reichen Geschichte und kulturellen Vielfalt als Studienstandort einen guten Ruf, während die USA aufgrund der »harten« Kriterien wie Qualität der Ausbildung, Wert der Abschlüsse und Jobchancen deutlich vorne lägen – insbesondere auch wegen der Infrastruktur des Studiums. Den Ausführungen von Tan Teck-Koon zufolge baue die National University von Singapur daher die »Student Services« aus und ergänze die harten Kriterien um einen »Studierenden-zentrierten« Ansatz sowie um eine Stärkung der emotionalen Bindung ihrer Studierenden.

Im abschließenden Panel bewerteten die außereuropäischen Experten das Spektrum an »Student Services« in Europa als durchaus breit angelegt, aber auch als ausbaufähig, vor allem bei den Career Services, der Alumni-Arbeit und der Ausweitung kommerzieller Angebote für Studierende. Insgesamt werde das Gesicht der europäischen »Student Services« außerhalb Europas noch zu wenig wahrgenommen. Im Ergebnis wurde daher übereinstimmend betont, die »Student Services« in die außereuropäischen Vermarktungsaktivitäten der Hochschul- und Wissenschaftsorganisationen stärker einzubeziehen. os

STECKBRIEF European Council for Student Affairs

Gegründet 1999, setzt sich der unabhängige europäische Dachverband, kurz ECStA, für die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur an den Hochschulen in Europa ein. Dem ECStA gehören derzeit 18 Mitgliedsorganisationen aus 13 Ländern an, die über zehn Millionen Studierende betreuen. Der European Council for Student Affairs im Internet unter

→ www.ecsta.org → www.studentenwerke.de

Öffnet die Hochschulen!

18. SOZIALERHEBUNG Chancengleichheit, Wissensgesellschaft, Hochqualifizierte – das wollen alle. Doch wie die Wirklichkeit aussieht, zeigt die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

VON ROLF DOBISCHAT

— Zum 18. Mal seit 1951 in Folge legt das Deutsche Studentenwerk eine Sozialerhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland vor. Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zählt zu den wichtigsten Informationsgrundlagen für die Hochschulpolitik. Einen ganz besonderen Stellenwert hat sie angesichts der tiefgreifenden Reformen des Hochschulsystems. Die Ergebnisse dieser repräsentativen Studierenden-Befragung erlauben Vergleiche über einen langen Zeitraum hinweg und thematisieren insbesondere auch die Bildungsbeteiligung in Deutschland.

Soziale Herkunft entscheidet Es ist alarmierend: Ob ein junger Mensch in Deutschland ein Hochschulstudium aufnimmt ist keineswegs allein eine Frage der individuellen Begabung; es ist vornehmlich eine Frage des Bildungsstatus' seiner Eltern. Die aktuelle Sozialerhebung bestätigt für die Hochschul-

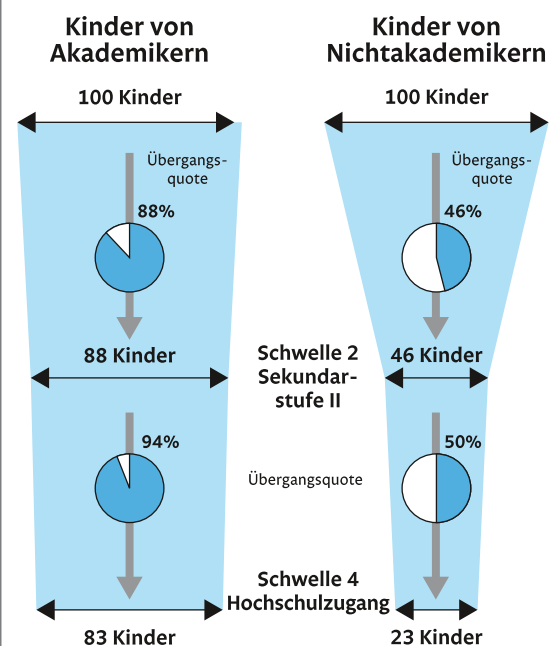
bildung den skandalösen Befund anderer Studien: In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft ganz maßgeblich über den Bildungsweg.

Akademischer Status wird weitervererbt Bezogen auf die vier klassischen Statusgruppen der amtlichen Statistik – Arbeiter, Angestellte, Selbstständige, Beamte – muss man feststellen: Im Jahr 2005 ist die Chance, dass ein Beamtenkind studiert, 3,6 Mal so groß wie die Chance eines Kindes, dessen Vater Arbeiter ist.

Untersucht man noch differenzierter und nimmt als Indikator für die Verteilung von Bildungschancen den Hochschulabschluss des Vaters, ergibt sich eine regelrechte soziale Polarisierung: Von 100 Akademikerkindern schaffen 83 den Sprung an die Hochschulen, aber nur 23 aus Familien ohne akademische Tradition. Bereits beim wichtigen Übergang in die gymnasiale Oberstufe haben Kinder von Akademikern eine fast doppelt so große Chance,

Bildungstrichter 2005

Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach akademischem Abschluss des Vaters



Grafik: DSW/HIS 18. Sozialerhebung

diese Tradition fortzusetzen, wie Kinder, deren Vater nicht studiert hat.

Der »Bildungstrichter« zeigt: Die Bildungsbiografie besteht aus einer Mehrfachselektion, in deren Ergebnis die Chancen zwischen Akademikerkindern und Nicht-Akademikerkindern zunehmend auseinander driften.

»Die Hochschulpolitik von Bund und Ländern muss die soziale Lage der Studierenden berücksichtigen, die in der Sozialerhebung abgebildet ist«

Die deutschen Hochschulen scheinen nicht mehr Stätten zu sein, die den Bildungsaufstieg ermöglichen, wie dies in den Wellen der Bildungsexpansion vor allem in den 1970er Jahren der Fall war. Vielmehr wird heute vor allem der einmal erworbene akademische Status von Generation zu Generation weitervererbt.

Mehr Chancengleichheit! Es ist längst politischer Konsens: Deutschland braucht mehr Akademiker/innen. Mindestens 40 Prozent eines Jahrgangs sollen studieren, so das Ziel der Bundesregierung. Die Sozialerhebung macht deutlich: Die Rekrutierungspotenziale aus den hochschulnahen Bildungsmilieus sind weitgehend ausgeschöpft. Wer eine höhere Bildungsbeteiligung will, muss der ungleichen Verteilung von Bildungschancen entgegenwirken und endlich für mehr Chancengleichheit auf dem Weg zur Hochschulbildung sorgen. Wir müssen endlich die extreme soziale Selektivität des deutschen Bildungs- und Hochschulsystems überwinden. Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft brauchen wir eine soziale Öffnung unserer Hochschulen!

Starkes BAföG, leistungsfähige Studentenwerke Die für die Wirtschafts- und Innovationsfähigkeit dringend benötigten zusätzlichen Hochqualifizierten müssen aus den hochschulfernen und einkommenschwächeren Schichten rekrutiert werden. Dazu braucht man zweierlei: Ein starkes BAföG und

leistungsfähige Studentenwerke, die den Studierenden eine gut ausgebaute soziale und wirtschaftliche Infrastruktur bereitstellen. Neben Forschung und Lehre muss die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur als dritte Säule des deutschen Hochschulsystems stärker gewichtet werden.

In diese dritte Säule muss dringend investiert werden. Die Länder müssen die Studentenwerke ausreichend und verlässlich finanzieren und ihnen Mittel für Investitionen bereitstellen, insbesondere für die dringend benötigten 20 000 zusätzlichen Wohnheimplätze. ■



Foto (Autor): privat

DER AUTOR

Rolf Dobischat

57, ist Professor für Wirtschaftspädagogik an der Universität Duisburg-Essen und Präsident des Deutschen Studentenwerks

KOMPAKT Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

Das Deutsche Studentenwerk (DSW) gibt seit 1951 in regelmäßigen Abständen Sozialerhebungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Deutschland in Auftrag, zuletzt im Jahr 2006. Die DSW-Sozialerhebungen zeichnen ein repräsentatives Bild der Lage der Studierenden in Deutschland.

Finanziert und veröffentlicht wird die einzigartige Langzeituntersuchung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), durchgeführt und wissenschaftlich ausgewertet hat sie die Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS). Die Autoren sind Wolfgang Isserstedt, Elke Middendorff, Gregor Fabian und Andrä Wolter.

16 590 Studierende von 258 Hochschulen haben im Sommersemester 2006 einen umfangreichen Fragebogen zu ihrer sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Lage ausgefüllt. Damit beträgt die Rück-

laufquote 31 Prozent der insgesamt 75 000 Fragebögen. Die Ergebnisse sind repräsentativ für ganz Deutschland.

Der nun vorliegende Kurzbericht informiert unter anderem über Studienfinanzierung, studentische Erwerbstätigkeit, das Zeitbudget der Studierenden, ihren Beratungs- und Informationsbedarf sowie ihre Wohnformen. Die Daten der 18. Sozialerhebung werden für zwei Sonderuntersuchungen genutzt, eine zur Situation ausländischer Studierender in Deutschland, eine weitere wird Studierende mit Kind, das sind sieben Prozent aller Studierenden, in den Fokus nehmen. Die beiden Detailstudien werden 2008 vorgestellt.

Alles zur Sozialerhebung unter → www.studentenwerke.de
→ www.sozialerhebung.de → www.bmbf.de → www.his.de

BAföG: Mehr Mut

NOVELLE Seit sechs Jahren stagniert das BAföG. Nun scheint sich auch die Bundesregierung zu bewegen. Ein Gespräch mit Klaus Landfried.

DSW-Journal: Herr Professor Landfried, die Bundesregierung scheint sich beim BAföG nach sechs Jahren Stillstand nun doch zu bewegen. Reicht das, was nun geplant ist, aus Ihrer Sicht eigentlich bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitisch aus?

Landfried: Nein, es reicht nicht aus. Die Erhöhung ist zu zaghaft. Und vor allem fehlt es noch an einem Konzept, das eine nachhaltige Studienfinanzierung in einen Zusammenhang mit einer länderübergreifenden Bildungspolitik stellt. Und diese muss die internationalen Herausforderungen begreifen. Davon sind wir leider weiter entfernt als noch vor drei Jahren.

DSW-Journal: Die Bundesregierung will, dass 40 Prozent eines Jahrgangs studieren. Was müsste denn beim BAföG Ihrer Meinung nach passieren, um noch mehr jungen Menschen ein Studium zu ermöglichen, deren Eltern sich das aber nicht leisten können?

Landfried: Das Ziel ist prinzipiell sinnvoll. Die Art aber, wie bisher die große Mehrheit der Studis an den Unis (zwei Drittel, nur ein Drittel an den FH's) »belehrt« wird, so als müssten aus ihnen später Professoren werden, verfehlt das Ziel einer wissenschaftlichen Ausbildung für Berufe außerhalb der Hochschulen. Neue, kreative Methoden, die Lernen fördern, nicht Belehrung, kosten Zeit, die beim Jobben fehlt. Aber nur mit kreativen Lernkonzepten können wir mehr junge Leute zum Studieren auch der wichtigen Zukunftsfächer bewegen. Und deshalb muss das BAföG auskömmlich sein. Jetzt ist es das nicht. Bei den nötigen Veränderungen geht es nicht nur um ein paar Prozent, sondern darum, endlich allen, die geeignet sind und es wollen, ein Studium ohne materielle Not zu ermöglichen.

Bis ein solches Konzept steht und politisch durchgesetzt ist, müssen allerdings mindestens die vom Deutschen Studentenwerk geforderten Erhöhungen der Freibeträge sowie der Bedarfsätze schnellstens kommen. Die Argumente stimmen alle, nur der Wille der Politik braucht noch Nachhilfe.



ZUR PERSON Klaus Landfried

66, Politikwissenschaftler, ehemaliger Präsident der Universität Kaiserslautern, ehemaliger Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, lebt in Heidelberg

DSW-Journal: Müssten Studiengebühren eigentlich nicht auch zum Bedarf gerechnet werden?

Landfried: Ja, natürlich. Oder sollen die am Ende Privatsache sein?

DSW-Journal: Welche Perspektiven entwickeln Sie für eine zukunftsgerichtete Studienfinanzierung?

Landfried: Es gibt ein Konzept: das Dreikörbmodell. Oder schon vergessen? Es bringt zusammen, was zusammengehört und leider zu oft getrennt wird. Alle Leistungen für die jungen Leute, auch das Kindergeld, gehören in die Hände der jungen Erwachsenen, die studieren. Die werden damit gefordert, verantwortlich damit umzugehen. Nur wer den jungen Menschen vertraut, wird sie auch begeistern. Dass das in manchen Familien Diskussionen auslöst über die Raten für's Haus, für's Auto, den Urlaub, will ich nicht leugnen. Aber es stärkt letztendlich den Zusammenhalt. Erinnern darf ich auch daran, dass es sich für die vielen, die es können (das sind nicht alle) lohnt, »Bildungssparen« zu betreiben. So wie Bausparen. Nur für ein lebenslanges Lernen, das die Existenz materiell wie kulturell sichert.

DSW-Journal: Die Hochschulen sind unterfinanziert, das BAföG stagniert seit Jahren, ist der Politik Bildung eigentlich etwas wert, oder sind das nur Sonntagsreden?

Landfried: Letzteres! Ein Land, das viermal soviel für seine Renten ausgibt wie für seine Hochschulen, muss auf den hinteren Plätzen der verschiedenen OECD-Vergleiche landen. Dass nur Können und Wissen unsere Zukunft (auch die der Alten!) sichern kann, zeigen uns unter anderen die Schweden, die Finnen, die Japaner, die Schweizer und die US-Amerikaner. Letztere investieren pro Student rund viermal soviel wie wir Deutschen. Ich wiederhole es: Da geht es nicht um ein paar Prozente. Manche sagen mir, das Geld dafür sei nicht da. Ich antworte dann, natürlich ist es da, noch da. Aber wenn wir es zu lange für den Konsum heute, für zum Teil absurde Subventionen, für überflüssige (neue) Regierungsbauten und geldverschwendende Bürokratie ausgeben, statt es für die Zukunft zu investieren, wird es irgendwann fehlen. Wir brauchen einfach den Mut zu neuen Prioritäten. Bald.

Mythos Generation P. ?

WIDERSPRUCH Zwei neue Studien widersprechen dem DGB und dem Verein Fairwork e. V., einer Interessenvertretung von Hochschulabsolventen.

In der vergangenen Ausgabe des DSW-Journal äußerte sich an dieser Stelle die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Ingrid Sehrbrock, zur DGB-Studie »Generation Praktikum«. Tenor: Das Praktikantenunwesen ist verbreitet. Zwei jüngere Studien behaupten nun das Gegenteil.

Der Arbeitsbereich »Absolventenstudien und lebenslanges Lernen« der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) ist in einer bundesweiten, repräsentativen Studie dem Studienverlauf und dem beruflichen Verbleib von Hochschulabsolventen nachgegangen. Insbesondere konzentriert sich diese Studie auf die Frage, in welchem Umfang der Berufseinstieg von Hochschulabsolventen mittels Praktika erfolgt und wie diese Praktika bewertet werden. Nach den Ergebnissen der HIS-Studie handele es sich bei Praktika nach dem Studium nicht um ein Massenphänomen. Damit sei der Begriff »Generation Praktikum« mit Blick auf den beruflichen Verbleib von Hochschulabsolventen nicht gerechtfertigt. Es gäbe zwar durchaus

Fälle, in denen Praktikanten als billige Hilfskräfte ausgenutzt würden, aber das Gros der Absolventen wertete seine Erfahrungen als positiv. Darüber hinaus ergab die Untersuchung, dass es eher eine Ausnahme sei, zwei oder mehr Praktika nach dem Studium zu absolvieren. Die Mehrheit der Praktikanten sei auch mit den Erfahrungen wie zum Beispiel mit dem Niveau der Arbeitsaufgaben zufrieden.

Zu einem ähnlichen Ergebnis über die so genannte Generation Praktikum kam eine zweite Studie des am Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (IHF) eingeführten »Bayerische Absolventenpanels« (BAP). Diese Studie ergab sogar, dass Praktika in der Regel den Übergang von der Hochschule in den Beruf erleichterten. *ml*

Die drei Studien im Netz: → www.dgb.de

→ www.ihf.bayern.de → www.his.de/generationpraktikum.pdf

DSW-Journal bat Arbeitgeberpräsident **Dieter Hundt** um seine Meinung.

ZEIT FÜR EINE SACHLICHE DISKUSSION

Das in der öffentlichen Diskussion vielfach behauptete Szenario einer »Generation Praktikum« gibt es nicht. Dies zeigt die erste und bisher einzige repräsentative Studie zum Thema Praktika nach dem Studium der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS).

Lediglich rund 13 Prozent der Absolventen absolvieren nach dem Studium ein mehrheitlich nur kurzes Praktikum. Dazu zählen auch jene, die es während des Studiums versäumt haben, Praktika zur Berufsqualifizierung abzulegen. Das Wichtigste ist jedoch, dass die meisten Praktikanten gleich im Anschluss einen regulären Job annehmen. Von »Kettenpraktika«, wie es der DGB immer wieder behauptet, kann folglich keine Rede sein.

Wenn ich mir die Ergebnisse der Studie anschau, drängt sich mir der Verdacht auf, dass die in der Öffentlichkeit betriebene Panikmache als Vorwand für neue Regulierungen dienen soll. Eine zusätzliche Regulierung von Praktika wäre jedoch ein kontraproduktiver Schritt, da sie Arbeitgeber davon abschrecken würde, sinnvolle Praktika anzubieten. Weder das Praktikum selbst noch die Berufsaussichten von Hochschulabsolventen dürfen

weiterhin schlecht geredet werden. Seriöse Praktika sind eine Win-win-Situation für Unternehmen und Praktikanten.

Unter den Unternehmen gibt es leider auch nach wie vor einige schwarze Schafe, die Praktikanten ausnutzen. Das ist inakzeptabel. Negative und nicht repräsentative Einzelfälle dürfen jedoch nicht verallgemeinert und als Vorwand für weitere Regulierungen missbraucht werden.

Wer sich ernsthaft um die Jobchancen der Absolventen sorgt, sollte gemeinsam mit den Arbeitgebern an der Verbesserung einer praxisnahen Hochschulausbildung arbeiten und keine schädlichen Gerüchte in die Welt setzen. ■

DER AUTOR

Dieter Hundt

69, ist seit Dezember 1996 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)





Gelebte Integration

WOHNHEIMTUTOREN Sie sorgen dafür, dass internationale Studierende in Deutschland gut zurecht kommen. Ein Besuch im Studentenwohnheim in Dieburg bei Darmstadt.

TEXT ANNA KRÖNING, FOTOS IRIS MAURER



Tutor Mahamadou Koné erklärt dem brasilianischen Studenten Luis Octávio Noschang wie er zu einem Internetanschluss kommt

—Dieburg. Über den engen Flur tönt gedämpfte orientalische Musik. Die Frauenstimme mischt sich mit rauschendem Wasser, das aus einem der Gemeinschaftsbäder dringt. Am Ende des Flurs steht eine der grünen Zimmertüren halb geöffnet. Ein Schild am Türrahmen verkündet: »Mahamadou Koné. Tutor für ausländische Studierende in Dieburg«. Mahamadou Koné sitzt am Schreibtisch seines elf Quadratmeter großen Zimmers über seiner Diplomarbeit. Nach sechs Jahren Wohnheimleben stapeln sich in dem gemütlichen, engen Raum des Online-Journalismus-Studenten Bücher und Unterlagen in den Regalen. Mahamadou ist mit seinem langen Wohnheimaufenthalt eher die Ausnahme unter seinen 190 Mitbewohnern. Die meisten Studierenden kommen als Austauschstudenten für ein oder zwei Semester in das Wohnheim in Dieburg bei Darmstadt, 29 Nationalitäten leben hier auf vier Etagen unter einem Dach.

Mahamadou blickt auf die Uhr. In zehn Minuten ist er in der dritten Etage des Wohnblocks mit einem neuen Studenten aus Singapur verabredet. Mahamadou kennt nach vier Jahren Arbeit als Wohnheimtutor die Fragen und Probleme der Neankömmlinge. Über seinem Schreibtisch hängt eine große Weltkarte. Neue Studierende müssen Mahamadou erst einmal zeigen, wo sie herkommen. Seine

eigene Heimat, die afrikanische Elfenbeinküste, hat er vor sechs Jahren verlassen. Er erinnert sich noch, wie schwer es für ihn war, sich in fremder Sprache zurechtzufinden. Ein Freund half ihm bei den Behördengängen. Heute gibt Mahamadou seine Erfahrungen als Tutor an die Studierenden weiter und bekommt dafür eine Aufwandsentschädigung vom Studentenwerk. Sieben Tutoren – sechs von ihnen sind internationale Studierende – betreuen derzeit über 2000 ausländische Studierende aus 106 Ländern in Darmstadt. Zum Austausch von aktuellen Themen und Ideen für die zukünftige Arbeit treffen sie sich regelmäßig mit ihren Betreuern des Studentenwerks Darmstadt und untereinander.

Mahamadou hilft nicht nur bei allen Themen rund um's Studium, sondern vermittelt auch bei Konflikten. Die Wände in dem 70er-Jahre-Bau sind hellhörig, und da bleiben Meinungsverschiedenheiten nicht aus. →

→ Wenn jemand um ein Uhr in der Nacht seine Musik laut aufdreht, kann er sie zwar nicht abdrehen, sagt er, aber wenn der Nachbarbewohner sich bei ihm beschwert, dann bietet Mahamadou beiden Parteien an, zu vermitteln. Als Student kann er keine Regeln aufstellen wie der Hausmeister oder der Sozialberater des Studentenwerks, die beide ein Büro im Haus haben. Aber er kann bei Konflikten schlichten.

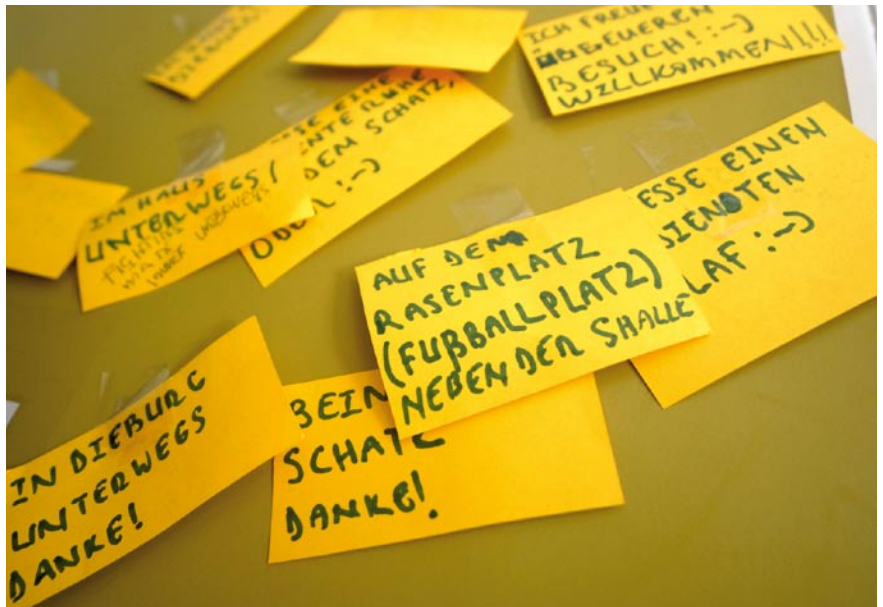
Mahamadou schaltet den Computer aus und verlässt sein Zimmer. Es ist jetzt still auf dem Flur, die meisten Studierenden sitzen in der Vorlesung. In der dritten Etage trifft er vor der Küche auf Edwin Ng aus Singapur. »How are you?«, begrüßt Mahamadou den Elektrotechnik-Studenten. Der 24-Jährige ist vor einer Woche angekommen und will für zwei Semester an der Uni Darmstadt studieren. Weil er nun jeden Tag mit dem Bus eine halbe Stunde dorthin fahren muss, will er sich heute eine Semesterfahrkarte besorgen. Die beiden setzen sich in der Küche auf ein Ledersofa. Mahamadou beschreibt ihm den Weg zu seinem Ansprechpartner an der Uni in Darmstadt, wo Edwin sein Semesterticket abholen kann. Der Student hat in Singapur zwei Semester Deutsch gelernt, ist aber noch unsicher bei der Sprache. Er fühle sich wohl hier mit den anderen Studierenden, sagt er, nur unternehmen kann er hier auf dem Campus nicht viel, Schwimmbad und Fußballplatz sind die Hauptattraktionen. Im Fitnessraum gegenüber trainiert er jeden Tag eine Stunde. Zum Shoppen oder Kaffeetrinken fährt er lieber nach Darmstadt, allerdings fährt der Bus nicht sehr häufig und auch abends nicht sehr lang.

Die Randlage des Campus mit fünf Fachbereichen bei der Kleinstadt Dieburg, 15 Kilometer von Darmstadt entfernt, macht das Wohnheim für deutsche Studierende nicht so begehrt. Sie lassen sich lieber auf lange Wartelisten der Darmstädter Wohnheime setzen. Aber internationale Studierende sind auf einen preiswerten und schnellen Platz angewiesen, und in Dieburg ist immer ein Zimmer frei. Die Miete kostet nur 220 Euro monatlich, und so sind drei Viertel der Bewohner internationale Studierende – nur 52 Deutsche wohnen hier. In vielen anderen Wohnheimen bundesweit liegt der Ausländeranteil bei etwas über 30 Prozent. Mit einer Quote wollen die Studentenwerke erreichen, dass sich die internationalen Studierenden integrieren. Umso wichtiger ist in Dieburg der Tutor Mahamadou, dessen Aufgabe es ist, den Kontakt zwischen internationalen und deutschen Kommilitonen zu fördern.

Mahamadou verabschiedet sich von Edwin, der nach seinem Rucksack greift. »Viel Glück«, ruft er ihm nach.



Edwin Ng aus Singapur an einem seiner ersten Tage in Dieburg



Damit jeder Studierende weiß, wo er den Tutor findet

KOMPAKT Erstes bundesweites Tutorentreffen

50 Tutoren aus 21 Nationen trafen sich im Juni 2007 zum ersten Mal zum bundesweiten Treffen der Tutoren für internationale Studierende der Studentenwerke. Auf dem Programm standen unter anderem der Informations- und Erfahrungsaustausch rund um das interkulturelle Zusammenleben im Wohnheim im Rahmen eines »Open Space«, eine Posterpräsentation mit Projekten der Tutoren sowie landeskundliche Informationen zu China und den arabischen Ländern, die für die Betreuung von Studierenden aus diesen Ländern relevant sind.

Die Wohnheimtutoren sind Studierende, die sich in den Wohnanlagen der Studentenwerke um ihre internationalen Kommilitonen kümmern. In 37 Studentenwerken sind derzeit insgesamt rund 580 Tutoren im Einsatz. Damit gehört das Wohnheimtutoren-Programm zu den wichtigsten Integrationsangeboten der Studentenwerke für internationale Studierende. Statistisch gesehen betreut jeder Tutor im Schnitt über 120 internationale Studierende. Mehr als die Hälfte der Tutoren sind selbst aus dem Ausland zum Studium nach Deutschland gekommen; ihre deutschen Kollegen haben meist bereits einen Auslandsaufenthalt hinter sich. Die Tutoren geben

Orientierung zum Studienbeginn, organisieren Freizeitaktivitäten und Partys, helfen den internationalen Neuankömmlingen bei Behördengängen und dabei, Kontakte zu ihren deutschen Kommilitonen zu knüpfen; sie vermitteln auch bei (interkulturellen) Konflikten. Die Einrichtung des Wohnheimtutoren-Programms, das in der Regel seit 2000/2001 existiert, wurde anfangs aus Projektmitteln des Deutschen Akademischen Austauschdienstes gefördert. Mittlerweile finanziert der Großteil der Studentenwerke das Tutorenprogramm aus Eigenmitteln.

Eine Gruppe Studenten kommt in die Küche, spanisches Sprachgewirr füllt den Raum, »Hola Mahamadou«, ruft einer und öffnet den Backofen. Ein würziger Duft zieht in die Küche. Jeder hat sich seinen Teller selber mitgebracht, in der Küche gibt es kein Porzellan. »Bitte Geschirr sofort entsorgen«, steht über der Spüle. Mit drei Ausrufungszeichen. Der Appell findet offenbar Gehör. Die Spüle ist leer und sauber, doch das sei nicht überall so, berichtet Mahamadou. Die 14 Wohnküchen im Haus, die sich zwischen acht und 16 Bewohner teilen, sind ewige Streitpunkte. An der Wand erklärt der Hausmeister in zehn verschiedenen Sprachen das deutsche Mülltrenn-System mit Altpapier, Hausmüll und Altglas. Der Kühlschrank am Ende der Spülzeile ist in zehn abschließbare Fächer eingeteilt, doch das tresorähnliche System hat sich nicht bewährt. Immer wieder verderben dort Lebensmittel, darum soll jetzt jedes Zimmer einen eigenen Kühlschrank bekommen.

»Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie schwer es war, mich in der fremden Sprache zurecht zu finden«

Den Tag, an dem der Kühlschrank kommt, sehnt der brasilianische Student Luis Octávio Noschang schon herbei. Sein Essen bewahrt er seit seiner Ankunft vor drei Wochen in einer durchsichtigen Plastikbox im Regal seines sorgfältig aufgeräumten Zimmers in der vierten Etage auf. »Die Küche ist mir hier zu unappetitlich«, erklärt er, denn hier treten die kulturellen Eigenarten der Nationen besonders deutlich zutage. Der Media-Production-Student plant, mindestens vier Jahre in Deutschland zu bleiben und sein Studium hier zu beenden. Luis muss sich sein erspartes Geld gut einteilen, denn als internationaler Student darf er nach dem Gesetz nur an 90 ganzen oder 180 halben Arbeitstagen etwas dazuverdienen. Eine eigene Wohnung kann er sich nicht leisten. Neben seinem Bett liegt ein deutsch-portugiesisches Wörterbuch. Auf dem Schreibtisch lacht von einem Foto seine dunkelhaarige Freundin aus Brasilien, daneben steht sein Laptop. Luis hätte gern einen Internetanschluss, damit er ihr von seinem Zimmer aus E-Mails schreiben kann. Es gibt hier aber keinen Anschluss, darum wendet er sich an Mahamadou. Der Tutor bietet ihm an: »Komm morgen vorbei, dann zeige ich dir, wie du dich anmelden kannst.« Internet funktioniert im Wohnheim nur über Wireless Lan, und Mahamadou hat Kontakt zu Telefongesellschaften und hilft bei Vertragsabschlüssen.

Luis hätte nach seiner Einreise beinahe die Immatrikulationsfrist verpasst. Ihm blieben nur zwei Tage Zeit, um sich einzuschreiben, und er wusste nicht, dass er

noch eine Krankenversicherung brauchte. Die konnte er nur mit einem deutschen Bankkonto abschließen. Doch erst die zweite Bank gab ihm ein Konto, und ein Wettlauf gegen die Zeit begann: »Ich bin wie verrückt umhergerannt, und dann schließen viele Behörden schon so früh.« Er schaffte es gerade noch, sich einzuschreiben. Im Immatrikulationsbüro der Hochschule in Darmstadt hatte ihn niemand über den komplizierten Ablauf informiert. Dieses Problem kennt Mahamadou auch von anderen Studierenden, die er betreut. Er verabredet sich mit Luis für später zum Mittagessen in der Mensa gegenüber.

Mahamadou nimmt die Treppe in den ersten Stock und geht den Flur zu seinem Zimmer hinab. Er muss weiter an seiner Diplomarbeit schreiben, die er in wenigen Wochen abgeben wird. Mit dem Hochschulabschluss wird spätestens im September 2007 auch seine Zeit als Wohnheimtutor enden. Bis dahin kann jeder Studierende, der eine Frage hat, weiter zu ihm kommen. Öffnungszeiten gibt es nicht, seine Tür steht für alle offen. Und wenn er mal nicht da sein sollte, hat er gelbe Zettel vorbereitet, damit jeder weiß, wo er sich aufhält: »Ich bin auf dem Fußballplatz«, steht darauf, oder: »Ich bin an der FH«. Manchmal möchte Mahamadou aber auch einfach seine Ruhe haben. Für diesen Fall hat er einen weiteren Zettel vorbereitet. Die Botschaft ist freundlich, aber deutlich: »Ich genieße einen verdienten Schlaf.« ■

DIE AUTORIN

Anna Kröning

31, arbeitet als Journalistin in Saarbrücken



Foto (Autor): privat

Studieren bis zum *Umfallen*

BURN-OUT Unter dem Manager-Syndrom leiden heute immer mehr Studierende. Sie fühlen sich überfordert, erschöpft und antriebslos. Die Psychologischen Beratungsstellen der Studentenwerke reagieren auf diese Entwicklung mit neuen Angeboten.

»Ich habe mich jetzt zwei Semester lang bemüht, allen Anforderungen gerecht zu werden, habe mich rund um die Uhr um das Studium gekümmert. Trotzdem habe ich nicht alles so geschafft, wie ich es mir vorgestellt habe. Der Berg wird immer größer, meine Angst vor den Prüfungen ist kaum noch auszuhalten, und ich habe einfach keine Kraft mehr. Seit Wochen werden meine Schlafstörungen immer schlimmer und ich bekomme Weinkrämpfe, die ich nicht kontrollieren kann. Ich weiß nicht mehr weiter!«

Dieser Hilferuf stammt nicht von einer Managerin, sondern von einer Studentin! Bisher sind Leidenswege wie

dieser vor allem aus dem Arbeitsleben bekannt: Die Betroffenen fühlen sich überfordert, erschöpft, antriebslos – ausgebrannt. Sie leiden an psychischen Störungen wie Depressionen oder dem Burn-out-Syndrom. Dabei kann es sowohl Männer als auch Frauen, Manager als auch Lehrer treffen – und neuerdings verstärkt auch Studierende. »Seit einigen Jahren häufen sich bei

uns die Anfragen, die auf ein Burn-out schließen lassen«, so der Psychologe Wilfried Schumann von der Psychosozialen Beratungsstelle von Studentenwerk und Universität Oldenburg. Laut 18. Sozialerhebung des DSW hat 2006 jeder siebte Studierende angegeben, Beratungsbedarf zu depressiven Verstimmungen zu haben, ebenfalls jeder siebte gab Beratungsbedarf zu Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten an, jeder achte zu Prüfungsangst und jeder neunte gab an, Beratungsbedarf zu Lern- beziehungsweise Leistungsproblemen zu haben.

KOMPAKT Was ist Burn-out?

Das Burn-out-Syndrom oder der sich erst langsam etablierende deutsche Begriff Ausgebranntsein bezeichnen einen auf berufliche oder persönliche Ursachen zurückgehenden Zustand chronischer Erschöpfung. Ständige Frustration, das Nichterreichen eines Ziels, zu hohe persönliche Erwartungen an eigene Leistungen, Überlastungen etc. können Erschöpfung auslösen. Die Burn-out-Syndrome sind vielfältig und individuell unterschiedlich in Auftreten und Ausmaß: Depressionen, Schuldgefühle und Versagensängste, aber auch physiologische Beschwerden wie Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Magenkrämpfe oder körperliche Dysfunktionen sind typische Symptome.

Wilfried Schumann, Psychosoziale Beratungsstelle von Studentenwerk und Universität Oldenburg

Gründe für den »Newcomer« Das sprichwörtliche freie Studentenleben gibt es schon längst nicht mehr. Studieren ist zum Full-time-job geworden. Einer der verantwortlichen Faktoren ist der tiefgreifende Wandel des deutschen Hochschulsystems: Einführung von gestuften Studiengängen (Bachelor/

Master) und Studiengebühren, Exzellenzinitiative, Bologna-Prozess. Die Konsequenz ist ein gravierend veränderter Studienalltag: strafferer Stundenplan, verschultere Studiengänge, gesteigerte Anwesenheitspflicht und vor allem ein enormer zeitlicher Aufwand.

Für den einzelnen Studierenden heißt das konkret, er muss seinen Alltag unter einem hohen Leistungsdruck bewältigen. In Kombination mit den gesellschaftlichen Veränderungen und den Forderungen des Arbeitsmarkts kann daraus schnell ein Mega-Pensum werden: Zunächst gilt es, allen Lehrveranstaltungen gerecht zu werden. Schon das ist – vor allem in den Anfangssemestern – eine große Herausforderung. Dann sollen auch noch diverse Praktika absolviert werden, Auslandsaufenthalte organisiert, mindestens eine Fremdsprache (besser zwei) neu gelernt werden – und dazu wird für den Lebensunterhalt gejobbt.

Beratung kann helfen _ Angesichts dieser immensen Anforderungen bleibt kaum Zeit mehr, um sich zu regenerieren, Freundschaften zu

pflegen, in der Theater-Gruppe mitzuspielen oder sich sozial zu engagieren. Wen wundert es, dass viele Studierende unter dieser Last zusammenbrechen. Hinzu kommen oft noch Prüfungs- und Zukunftsangst, Schreibblockaden oder private Probleme. Schließlich sind die Symptome nicht mehr zu übersehen: Schlaflosigkeit, Konzentrationsstörungen, Magenkrämpfe, Angstattacken. Meistens dauert es aber noch eine ganze Weile, bis die Betroffenen sich ihre Situation eingestehen und Unterstützung bei einem Psychologen oder Arzt suchen.

Kompetente Ansprechpartner für Studierende mit Burn-out-Syndrom – aber auch mit anderen studienbezogenen und persönlichen Schwierigkeiten – sind seit vielen Jahrzehnten die Beratungseinrichtungen der Studentenwerke. Sie bieten neben der Psychologischen und der Sozialberatung auch Unterstützung für Studierende mit Behinderung/chronischer Krankheit – zum Teil in Kooperation mit den Hochschulen. Die Anmeldung ist unkompliziert, die Beratung in der Regel kostenlos – und selbstverständlich anonym. *jaw/gr*

IN ZAHLEN

Beratungseinrichtungen

43 Studentenwerke bieten Psychologische Beratung an. Die Psychologischen Beratungseinrichtungen der Studentenwerke haben 2005 insgesamt 17 599 Studierende in 73 434 Einzelgesprächen und 3181 Studierende in 6865 Gruppenangeboten beraten. (Studentenwerke im Zahlenspiegel 2005/2006). 2006 haben laut 18. Sozialerhebung des DSW 14 Prozent der Studierenden angegeben, Beratungs- und Informationsbedarf zu depressiven Verstimmungen zu haben, ebenfalls 14 Prozent gaben Beratungs- und Informationsbedarf zu Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten an, 13 Prozent hatten Beratungs- und Informationsbedarf zu Prüfungsangst und 11 Prozent zu Lern-/Leistungsproblemen.

Alle Beratungseinrichtungen der Studentenwerke unter
→ www.studentenwerke.de → Beratung und Soziale Dienste

BURN-OUT

Drei Fragen an den Experten

DSW-Journal: Warum taucht der Begriff Burn-out immer öfter auch im Zusammenhang mit Studierenden auf?

Schumann: Der gestiegene Leistungs- und Zeitdruck, unter dem Studierende ihr Studium absolvieren, sowie das gesellschaftlich kaum mehr in Frage gestellte Ideal, möglichst schnell und zielstrebig voranzukommen, führten dazu, dass Studierende eine große Bereitschaft aufweisen, sich über die Grenzen der eigenen Kraft für den von ihnen gewünschten Erfolg zu engagieren, und dass Rückschläge und Misserfolge als nicht zu bewältigende Katastrophen empfunden werden. Dementsprechend erleben wir bei Studierenden Verhaltensweisen und Zusammenbrüche, die bisher gemeinhin eher der Managersparte vorbehalten schienen.

DSW-Journal: Welchen Stellenwert nimmt das Thema Burn-out in Ihrer Beratung im Verhältnis zu anderen Themen ein?

Schumann: Das Burnout-Syndrom ist bei Studierenden der Newcomer der vergangenen Jahre und wird sicher an Stellenwert noch zunehmen. Teilweise fällt die Unterscheidung zu depressiven Symptomatiken schwer, weil das Erscheinungsbild sehr ähnlich sein kann.

DSW-Journal: Reagieren Sie auf das Thema Burn-out mit speziellen Angeboten Ihrer Beratungsstelle?

Schumann: Das Studentenwerk hat bei der Universität Oldenburg einen Projektantrag zum Ausbau der Beratungsleistungen eingebracht. Mithilfe der Studiengebühren soll ein ganzes Bündel präventiver Maßnahmen für die Studieneingangsphase installiert werden: in Vortragsveranstaltungen, Workshops und semesterbegleitenden Kursen sollen Studierende mit den wichtigsten Strategien für erfolgreiches Studieren, für Zeitmanagement und Stressreduktion vertraut gemacht werden. Daneben soll die Möglichkeit eröffnet werden, die Umsetzung des Gelernten in individuellen Coaching-Sequenzen zu begleiten und persönliche Probleme zu bearbeiten, die das Erreichen von Studienzielen beeinträchtigen.



Foto: privat

ZUR PERSON

Wilfried Schumann

ist Psychologe und Berater in der
Psychosozialen Beratungsstelle von Studentenwerk
und Universität Oldenburg



Der Bildungsökonom





MICHAEL HÜTHER Wenn Ökonomen in der Bildung mehr zu sagen hätten, wäre vieles besser, sagt der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

TEXT **ARMIN HIMMELRATH**

FOTOS **ERIC LICHTENSCHIEDT**

— Wenn Michael Hüther ein prägendes Kennzeichen seiner Arbeit nennen soll, fällt ihm das leicht: Er ist viel unterwegs. Wohnort Wiesbaden, das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, Termine in Berlin, München oder irgendwo in Europa, zu denen er mit der Bahn oder dem Flieger jettet – so sehen für den IW-Direktor ganz normale Arbeitswochen aus. »Ich würde gerne entspannter reisen«, sagt Michael Hüther, »einfach mal zwischendurch eine Stunde Zeit haben und irgendwo bummeln.« Doch solche Lücken im Terminkalender sind selten – kein Wunder, schließlich ist das IW das Sprachrohr der Unternehmer in Sachen Gleichstellungsrichtlinie und Steuerpolitik, Entsendegesetz und Gesundheitsreform, Mindestlohn und Bildungspolitik und noch in mindestens einem Dutzend anderer Politikfelder. Da muss der IW-Direktor ein Macher sein und mit wenig Freizeit auskommen, denn auf Deutschlands Reformbaustellen – davon ist der drahtige 45jährige überzeugt – läuft leider nicht immer alles so, wie es laufen sollte. →

»Die Widerstände gegen Studiengebühren werden von der Zeit schlichtweg überrollt«



»Ehrlich gesagt, bin ich ganz froh, dass für unseren Sohn die Studienentscheidung erst in acht Jahren ansteht. Bis dahin hat sich die Lage hoffentlich ein wenig sortiert«

→ Martialisch könnte man Michael Hüthers Aufgabe als Dauer-Kampf an mehreren Reformfronten beschreiben – doch wer ein Büro nach Art eines Gefechtsstands erwartet, liegt völlig daneben. Das prägende Merkmal stattdessen: Gelassenheit. Hinter dem Schreibtisch thront eine kunstvolle Giraffen-Skulptur, die Gemälde an den Wänden stammen bis

auf eine Ausnahme von Hüthers zehnjährigem Sohn Paul, und im Regal stehen ein paar Playmobil-Männchen – ein Bauarbeiter mit sächsischem Wappen auf dem Helm und eine Garde römischer Soldaten. »Das muss ich erklären«, lacht Hüther. Sein Sohn spielte vor einigen Jahren gerne mit Playmobil und vermisste als großer Römerfan Legionäre, doch als die entsprechend ausgestatteten Figuren auf den Markt kamen, war er aus dem Alter raus – so dass sie in Vaters Arbeitszimmer landeten. »Und den Bauarbeiter habe ich vor kurzem von einem Besuch aus Sachsen mitgebracht, wo sich nach der Wende ein beeindruckender Reform- und Aufbauprozess vollzogen hat.«

Ganz nebenbei stehen die Plastikmännchen aber auch für die beiden Studiengänge des IW-Chefs: Wirtschaft und Geschichte hat Michael Hüther Anfang der 1980er Jahre in Gießen und an der University of East Anglia, Norwich, studiert. »Ich habe schon das Gefühl, dass ich in meinem Leben mit den Denkweisen des Ökonomen und des Historikers gut zu recht gekommen bin«, sagt Hüther rückblickend. Architektur wäre für ihn vielleicht auch noch in Frage gekommen, »das ist so ein Faible von mir«, aber viel anders machen würde er bei seiner Studienentscheidung im Rückblick eigentlich nicht.

Änderungsbedarf, und zwar in ganz erheblichem Ausmaß, diagnostiziert er dagegen bei anderen – in der Hochschulpolitik. Das Thema ist ihm wichtig, das spürt man, und jetzt wird auch nicht mehr geplaudert, sondern scharf analysiert: Da gebe es nämlich die Situation, das alles klar sei und trotzdem zu wenig passiere, findet Michael Hüther. »Die großen ideologischen Streitereien sind beigelegt, und der Befund, dass etwas passieren muss, ist Konsens.« Man müsse der alten Bundesregierung mit der Bildungsministerin Edelgard Bulmahn regelrecht dankbar dafür sein, dass sie das Prinzip der Exzellenzinitiative etwa im Bereich der Bildungspolitik überhaupt eingeführt habe. Aber zufrieden? Nein, das könne man trotzdem nicht sein: »Wir sind jetzt auf dem richtigen Weg – aber wir sind spät dran«, sagt der IW-Chef. Schon seit den siebziger und achtziger Jahren habe es zu wenig Geld für die Reformen an den Hochschulen gegeben, weshalb die Ausstattung bis heute zu knapp und der Nachholbedarf erheblich sei.

»Das ist ein zäher Prozess«, sagt Hüther und blickt aus dem Fenster: »Zäh, weil in allen Bereichen des Bildungssystems die Ökonomen so lange außen vor waren.« Ein paar Sekunden sind es nur, die er seinen Gedanken nachhängt. Aber in solchen Momenten sieht man ihm an, dass es ihm auf den Reformbaustellen der Gesellschaft viel zu langsam voran geht, dass er über das Fehlen ökonomischer Logik in bestimmten Politikfeldern immer noch den Kopf schütteln kann. Stubiengebühren? Hüther lacht. »Die Widerstände dagegen werden

von der Zeit schlichtweg überrollt«, sagt er und vermittelt den Eindruck, als könne man die politische Debatte über die Einführung des Bezahlstudiums eigentlich schon abhaken. Klar sei, dass die Mittel zusätzlich zur staatlichen Finanzierung in die Verbesserung der Lehre gehen müssen – und klar sei genauso, dass jemand, für den sich sein Studium später einmal beim Gehalt auszahle, dafür ruhig auch 500 Euro pro Semester beitragen könne: »Das ist einfach zwingend notwendig.«



ZUR PERSON **Michael Hüther**

Geboren am 24. April 1962 in Düsseldorf. Von 1982 bis 1987 studierte Michael Hüther Wirtschaftswissenschaften sowie mittlere und neuere Geschichte in Gießen. Nach der Promotion in Wirtschaftswissenschaften und diversen Stationen als wissenschaftlicher Mitarbeiter war er von 1995 bis 1999 Generalsekretär des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Nach einer fünfjährigen Tätigkeit als Chefvolkswirt der DekaBank in Frankfurt am Main ist Michael Hüther seit Juli 2004 Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).

Genauso zwingend, sagt Michael Hüther, müsse man aber auch den Kindergartenbesuch von Gebühren befreien. Denn da gehe es nicht um persönliche, sondern um soziale Erträge, die der gesamten Gesellschaft zu Gute kämen. »In Deutschland betrachten wir bisher die Bildungsbiografie leider nicht als Ganzes, deshalb wird über solche Zusammenhänge viel zu selten diskutiert«, sagt der IW-Chef. Bildung als Standortfaktor? Da gebe es in der Politik noch erheblichen Nachholbedarf, sagt Hüther: »Kleinstaaterei« und »Kompetenz-

Illusionen der Länder« fallen ihm sofort zur Föderalismus-Reform ein, bei der die politische Bildungshoheit fast gänzlich auf die 16 Bundesländer übertragen wurde. Hüther ist jetzt auf seinem Stuhl ganz nach vorne gerückt. »Entscheidend ist doch die Autonomie der einzelnen Hochschulen, nicht der Länder«, schüttelt er den Kopf: »Die Föderalismus-Reform ist vom Ansatz her richtig und muss weitergehen. Aber sie wird unglaublich, wenn ein paar Wochen nach ihrer Verkündung der Hochschulpakt ausgehandelt wird, bei dem die Bundesregierung dann doch wieder mit im Boot sitzt.« Dass es dringenden Verständigungs- und Reformbedarf zwischen den Ländern gibt, streitet Hüther nicht ab, im Gegenteil: »Die Verteilung der Studienlasten ist schon extrem ungleichgewichtig, weil etwa Bayern, Baden-Württemberg und Hessen von den Ausbildungskapazitäten der anderen Länder profitieren.« Das könne man, sagt Hüther ganz offen, als »bildungspolitisches Trittbrettfahrerverhalten« interpretieren.

Wie es auch anders gehen könnte, das hat das IW schon mehrfach vorgeschlagen. Die Ökonomen wünschen sich eine Mischung aus studentischer Nachfrage-Macht, die durch die Studiengebühren Wirkung zeigt, und dem Prinzip »Geld folgt Student«: durch Bildungsgutscheine nämlich, die ein Student bei der Hochschule seiner Wahl abgibt und der Institution damit den Anspruch auf die staatliche Grundfinanzierung sichert. Für Michael Hüther steht außer Frage, dass so ein System funktionieren und die Hochschulen stärken würde – aber Veränderungen brauchen, gerade im Bildungssystem, eben Zeit.

Seinen eigenen aktuellen Hochschul-Erfahrungen, sagt der 45-jährige, seien im Hinblick auf den deutschen Studienalltag »nicht ganz repräsentativ«. Denn Hüther ist zwar seit sechs Jahren Honorarprofessor, aber eben nicht an einer staatlichen Uni, sondern an der privaten European Business School in Oestrich-Winkel. Ein Elite-Institut, keine Frage – auch eines, dass er seinem Sohn Paul zum Studium empfehlen würde? »Der ist ja zum Glück erst zehn«, winkt Michael Hüther ab und lächelt ein stolzes Vater-Lächeln. Und kommt gleich wieder zurück zur Reformbaustelle Hochschulwesen: »Ehrlich gesagt, bin ich ganz froh, dass für unseren Sohn die Studienentscheidung erst in acht Jahren ansteht. Bis dahin hat sich die Lage hoffentlich ein wenig sortiert.« Dann werden der Bologna-Prozess und die Einführung wettbewerblicher Strukturen an den Hochschulen hoffentlich so weit sein, dass die Studienanfänger weder das Gefühl haben, in einer Bildungsruine noch auf einer Reformbaustelle zu lernen.

Obwohl – so ganz ohne eine leicht ironische Anmerkung kann Michael Hüther diese Aussage dann doch nicht stehen lassen. Rom, schwärmt der Historiker, sei ein Ort, an den man ihn jederzeit und ohne Vorwarnung hinschicken dürfe. Die überwältigende Atmosphäre in der italienischen Hauptstadt sei »geprägt von einem unaufgeregten, gepflegten Verfall, der sich mit Transformationen immer wieder ins nächste Jahrhundert gerettet hat.« Dieses »stimmungsmäßige Nachwirken der Antike« findet Michael Hüther faszinierend – und ein wenig mehr der damit verbundenen Gelassenheit könnte wohl auch der deutschen Gesellschaft gut tun. ■

DER AUTOR

**Armin
Himmelrath**

39, ist freier
Bildungsjournalist
in Köln



St. Florians-Prinzip

AUSGESIEBT Elite-Unis, Numerus Clausus und Studiengebühren erschweren den Hochschulzugang, meint Michael Hartmann. Eine kritische Stellungnahme.

— In ihren Sonntagsreden sind sich die deutschen Politiker immer einig: Das Land benötige mehr Hochschulabsolventen. Angesichts der Herausforderungen der Zukunft könne man es sich nicht leisten, dass nur ein gutes Fünftel eines Jahrgangs einen Hochschulabschluss mache. Es müsse gelingen, so der Tenor der Reden, endlich auch die Kinder aus den so genannten bildungsfernen Schichten an die Hochschulen zu bekommen. Soweit die Sonntagsreden. Die Wirklichkeit der deutschen Politik sieht leider anders aus.

So gut wie alle Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren getroffen worden sind, erhöhen die Selektivität des Hochschulzugangs statt sie zu vermindern. Neben der faktischen Senkung des BAföG durch ein langjähriges Einfrieren der Höchsthörschuldsumme und der Einkommensgrenzen sind vor allem zwei Faktoren zu benennen, die gerade in Kombination für eine spürbare Reduzierung der Studierendenzahl sorgen. Es sind dies die Erhebung von Studiengebühren in den meisten Bundesländern und die fast flächendeckende Einführung von Zulassungsbeschränkungen auf Hochschulebene.

Als es um die politische Durchsetzung der Studiengebühren ging, gab es allerlei Versprechen seitens der Befürworter in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Zentral war dabei die Versicherung, durch ein breites System von Stipendien werde garantiert, dass niemand aufgrund seiner Herkunft vom Studium abgehalten werde. Das Bundesverfassungsgericht spricht in seinem Urteil sogar ausdrücklich von »sozial verträglichen und über Stipendienmodelle und Befreiungsmöglichkeiten abgedeckten Gebühren«, um das Gegenargument der sozialen Selektionswirkung von Studiengebühren zu entkräften.

Schaut man sich in den Bundesländern um, die schon Studiengebühren nehmen, ist von einem breiten Stipendiensystem bis heute nichts zu sehen. Was es gibt, das

sind Studienkredite bei öffentlichen und privaten Geldinstituten, deren Verzinsung in den letzten Monaten allerdings deutlich gestiegen ist, bei der staatlichen KfW-Bank allein seit April letzten Jahres von 5,1 Prozent auf 6,29 Prozent. Damit könnte die am Ende des Studiums drohende Verschuldung (inkl. später anfallender Zinsen und Zinseszinsen) schnell Beträge von mehreren zehntausend Euro erreichen. Das schreckt vor allem die Studierwilligen ab, die aus der unteren Hälfte der Bevölkerung stammen. Die jüngsten Zahlen aus Österreich mit seinen seit 2001 gültigen 360 Euro Studiengebühren zeigen, dass man selbst bei relativ niedrigen Gebührensätzen langfristig mit einem Rückgang der Studierenden von drei bis fünf Prozent rechnen muss.

KOMPAKT

LITERATURTIPP

Von Michael Hartmann sind erschienen:

»Der Mythos von Leistungseliten«

2002, 208 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3593371510

»Elitesoziologie«

2004, 203 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 3593374390

Im Herbst erscheint das Buch »Eliten und Macht in Europa« mit den Ergebnissen der jüngsten Forschungsarbeiten über die Eliten in den verschiedenen Ländern Europas, ihre soziale Geschlossenheit und über den Zusammenhang mit den jeweiligen nationalen Bildungssystemen und Kräfteverhältnissen. Erscheinungsdatum voraussichtlich Herbst 2007, ca. 220 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3593384345

Alle Bücher im Campus Verlag

→ www.campus.de

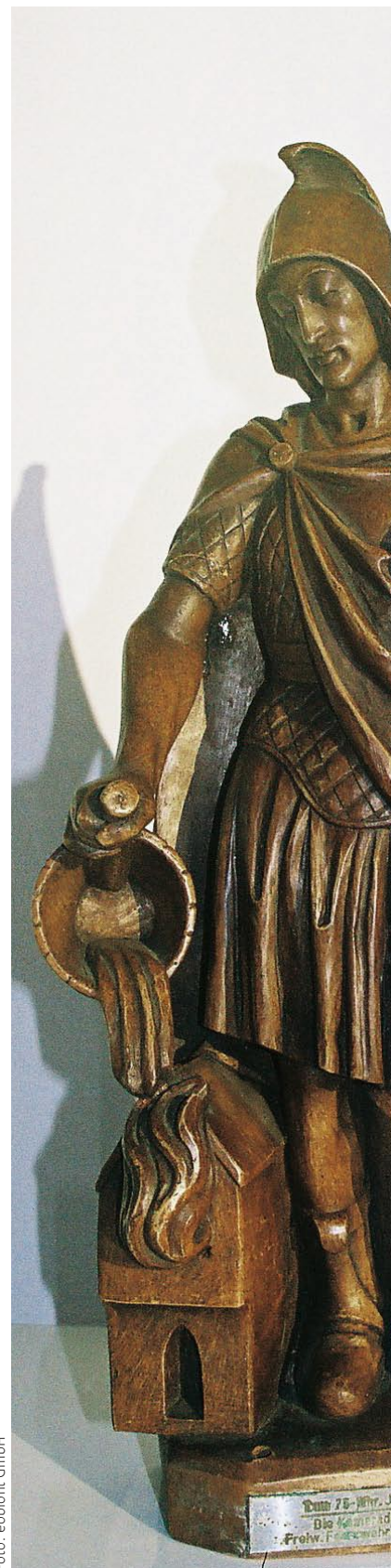


Foto: eobiont GmbH



Erste Anzeichen sind schon zu erkennen. Binnen von nur drei Jahren ist der Prozentsatz der Studienanfänger von 38,9 Prozent auf 35,8 Prozent gefallen. Für diesen Rückgang sind sowohl die Studiengebühren verantwortlich als auch der Numerus Clausus, mit dem viele Fächer mittlerweile seitens der Hochschulen belegt werden. Spätestens seit die Absolventenquoten zu einem wichtigen Parameter für die hochschulinterne Mittelverteilung auf die einzelnen Fachbereiche und Institute geworden sind, werden flächendeckend Zulassungsbeschränkungen verhängt. Besonders gelobt werden dabei in der öffentlichen Debatte individualisierte Auswahlverfahren, die angeblich dafür sorgen können, dass ungeeignete Bewerber von vornherein ausgesiebt werden.

Was man tatsächlich beobachten kann, ist zweierlei. Zum einen senken alle Zulassungsbeschränkungen die Zahl der Studienanfänger deutlich, zum anderen bewirken sie eine verstärkte soziale Selektivität des Hochschulzugangs. Was den ersten Punkt betrifft, so nutzen vor allem die überfüllten Fächer in den Geistes- und Sozialwissenschaften die Auswahlverfahren dazu, die seit langen Jahren herrschende »Überlast« abzubauen. Fast überall werden Studienplätze in einem großen Umfang abgebaut. Man handelt dabei nach dem St. Florians-Prinzip »Verschon mein Haus, zünd's andere an«. Wohin die angeblich oder tatsächlich für das jeweilige Fach ungeeigneten Bewerber gehen sollen, interessiert in den

»Kinder aus bildungsfernen Schichten scheitern im Auswahlverfahren häufiger als Kinder aus Akademikerfamilien«

Fachbereichen oder Instituten kaum jemand. Sie müssen sich eben woanders bewerben. Ob sie damit auch einen Studienplatz bekommen, erscheint angesichts des fast überall gleichen Verhaltens der Hochschulen fraglich. Dieser Verschiebepark führt außerdem zu einer weiteren Reduzierung der Studienplätze und zu einem irrsinnigen bürokratischen Aufwand. Trotz mehrfacher Nachrückverfahren bis weit in den November hinein können aufgrund der zahllosen Mehrfachbewerbungen – an der Universität Mainz zum Beispiel hat sich die Zahl der Bewerbungen wegen der Beschränkungen seit 2003 fast verdreifacht – nämlich häufig nicht einmal die zur Verfügung stehenden Studienplätze besetzt werden.

Dazu kommt dann die soziale Schieflage der Auswahlverfahren. Kinder aus den berühmten »bildungsfernen Schichten« scheitern in der Regel sehr viel häufiger als Kinder aus Akademikerfamilien. Sie kennen die ungeschriebenen Regeln nicht, kommen in ein für sie fremdes Milieu und verhalten sich dementsprechend eher unsicher und gehemmt. Das ist ihr entscheidendes Manko. Die Praxis der Studienförderwerke bietet diesbezüglich reichhal-

tiges Anschauungsmaterial. Von den insgesamt 13 415 Stipendiaten des Jahres 2005 erhielt nur ein knappes Viertel ein Vollstipendium, über 42 Prozent dagegen bekamen nur das Büchergeld. Letztere gehören nach den Worten des zuständigen Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung zu den Studierenden mit einer hohen Herkunft, die Vollstipendiaten zu denen mit einer niedrigen Herkunft. Noch deutlicher wird es, wenn man den Blick nur auf die Studienstiftung des deutschen Volkes richtet, die im Unterschied zu den Stiftungen der Parteien, Kirchen und der Gewerkschaften mit ihren teilweise partei- und sozialpolitischen Auswahlkriterien nur nach Leistungsgesichtspunkten auszuwählen vorgibt. Die Studienstiftung mit ihren 6153 Stipendiaten hat mit gerade einmal knapp 16 Prozent den geringsten Anteil an Vollstipendien und mit 51,5 Prozent den nach der FDP nahen Friedrich-Naumann-Stiftung zweithöchsten Anteil von Büchergeldempfängern. Wie individualisierte Auswahlgespräche sich sozial auswirken, kann man hier sehr gut erkennen.

Die Exzellenz-Initiative wird diesen Prozess weiter vorantreiben, da die Bewerber an den zukünftigen Eliteuniversitäten in erheblich höherem Maße als bisher auch sozial ausgesiebt werden dürften. Das jedenfalls besagen die Erfahrungen aus all den Ländern, die wie Frankreich, Großbritannien, Japan oder die USA schon Elitehochschulen besitzen. Ein Blick nach Skandinavien mit seinen Studierquoten von bis zu 70 Prozent zeigt, wie man die Anzahl der Studienanfänger tatsächlich deutlich steigern könnte. Eine großzügige Förderung statt Studiengebühren, ein weiterer Ausbau der Hochschulen und ein fast doppelt so hoher Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wie an den Staatsausgaben, das wäre der richtige Weg, wollte man den Worten auch wirklich Taten folgen lassen. Sozial vergleichsweise offene Bildungssysteme gehen zudem, das zeigt ein innereuropäischer Vergleich sehr deutlich, in der Regel Hand in Hand mit sozial relativ durchlässigen Gesellschaften und umgekehrt. ■

DER AUTOR

Michael Hartmann

55, ist Professor für Soziologie an der TU Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Eliten, Management und Hochschulsysteme jeweils im internationalen Vergleich.

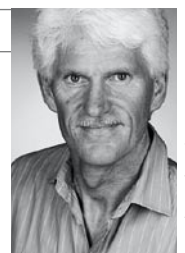


Foto (Autor): privat

AUS DEN STUDENTENWERKEN



Foto: Studierendenwerk Hamburg

Hamburger Helfer im Finanzierungsdschungel

Daran führt fast kein Weg mehr vorbei – seit dem Sommersemester 2007 sind auch an den Hamburger Hochschulen Studiengebühren fällig. Für den Einzelnen bedeuten zusätzliche Gebühren immer eine höhere finanzielle Belastung. Damit diese ein erträgliches Maß nicht überschreitet, hat das Studierendenwerk Hamburg eine speziell auf die neue Situation abgestimmte Studienfinanzierungsberatung eingerichtet. Hier ist jeder willkommen, der sich konkret zum Thema Finanzierung von Lebenshaltungs- und Studienkosten beraten lassen möchte. Oberstes Ziel ist es, dass niemand sein Studium aufgrund von Studiengebühren aufgeben muss. Da die Hamburger Helfer viele denkbare Situationen berücksichtigen möchten, ist die Beratung so umfassend wie möglich: Studiengebührendarlehen, Studienkredit, BAföG, Stipendium, Sonderdarlehen – um nur einige Stichwörter aus dem Finanzierungsdschungel zu nennen.

→ www.studierendenwerk-hamburg.de

Ideen auf's Tablett – Kleine ganz groß!



Foto: Studierendenwerk Trier

Werbeanzeigen von großen Firmen auf den Tablettts kennt man schon seit langem. Ob das Essen dann besser oder schlechter schmeckt sei dahingestellt. Eine garantiert geschmackvolle Aktion ganz anderer Art hat sich das Studierendenwerk Trier ausgedacht. Es rief Ende vergangenen Jahres alle Trierer Kindergärten auf, sich an einem Ideenwettbewerb zur Gestaltung von ausrangierten Mensatablettts zu beteiligen. Sechs Kindergärten mit rund 50 jungen Künstlerinnen und Künstlern reichten ihre Entwürfe ein und überraschten die Jury mit phantasievollen Motiven. Vom Tablett-Marienkäferdesign über den Geburtstagsthron bis hin zu einem Tablett namens »Erfindungen« mit Lampe, Draht und vielerlei Fantasiewerk stellten die »Klein«-Künstler ihre großartigen Werke vor. Bei der anschließenden Spaghetti-Schlacht fachsimpelten sie ausgiebig über ihre Kunstwerke. Und das Beste kam zum Schluss: Die kleinen Gewinner durften sich Spielmaterial für ihre Kitas aussuchen.

Mehr dazu

alexandra.casser@studierendenwerk-trier.de

PERSONALIA



Erfahrener Hanseat Die Stadt hat er nicht gewechselt: Seit dem 1. April 2007 ist **Jürgen Allemeyer** der neue Geschäftsführer des Studierendenwerks Hamburg. Zuvor war der erfahrene Personal- und Organisationsleiter bei der Freien und Hansestadt Hamburg tätig. Von dort bringt er u. a. umfangreiches Fachwissen im Bereich der Verwaltung mit; ihm ist aber auch die besondere Situation von sozialen Dienstleistungsunternehmen im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und Wirtschaftlichkeit vertraut. »Sein« Studierendenwerk sieht Allemeyer als einen wesentlichen Garanten für die Attraktivität des Hochschulstandorts Hamburg.



Man sieht sich immer zweimal Ein gute Nachfolgerin – das möchte sie gerne sein: Im Studentenwerk Niederbayern/Oberpfalz hat **Gerlinde Dietl** am 1. Mai 2007 von Roland Greß das Amt der Geschäftsführerin übernommen. Ihr Studium in Regensburg konnte die Diplom-Pädagogin mit Unterstützung des Amts für Ausbildungsförderung absolvieren – dessen damaliger Leiter hieß: Roland Greß. In den vergangenen Jahren war Dietl als Leiterin eines Berufsbildungswerks für Hör- und Sprachgeschädigte tätig. Daher sind ihr die Themen des Studentenwerks bestens vertraut: »Ich freue mich, daran mitzuwirken, für die Studierenden eine hochwertige und kostengünstige Infrastruktur am Studienstandort vorzuhalten.«



Gelungene Übergabe Bereits als Leiterin der Hochschulgastronomie im Studentenwerk München hatte sie Armin Rosch 2005 abgelöst. Nun ist Dr. **Ursula Wurzer-Faßnacht** seit dem 1. April 2007 auch seine Nachfolgerin im Amt der Geschäftsführung. Damit sind sowohl Kompetenz als auch Kontinuität bestens gewährleistet. Nach ihrem Studium der Phytopathologie an der Technischen Universität München war Dr. Wurzer-Faßnacht u. a. ab 1999 als Geschäftsführerin der Deutschen Phytomedizinischen Gesellschaft tätig. Zudem hat sie sich mit den Auswirkungen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen beschäftigt.



Blau-weiße Kompetenz Damit ist die gebürtige Bayerin ihrer Heimat ein weiteres Mal treu geblieben: Seit dem 1. März 2007 leitet **Doris Schneider** als Geschäftsführerin das Studentenwerk Augsburg. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und der Betriebswirtschaftslehre in Würzburg war sie zunächst im damaligen Arbeitsamt München und anschließend 15 Jahre im Studentenwerk München tätig – in letzterem als Leiterin der Hauptverwaltung. In ihrer neuen Position möchte Schneider »als Dienstleister für die Studierenden entscheidend zu deren Studienerfolg beitragen«, daher ist es ihr ein »großes Anliegen, den Service für die Studierenden auszubauen.« jaw

Fotos: privat

DSW-Journal
Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW)
 Ausgabe 2/2007
 Das DSW-Journal erscheint dreimal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e.V.
 Monbijouplatz 11
 10178 Berlin

Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde
 Generalsekretär

Chefredaktion: Marijke Lass (ml)
 lass@studentenwerke.de

Redaktion:
 Corinna Dannewitz (da), Prof. Dr. Rolf Dobischat,
 Stefan Grob (sg), Julia Grobe (gr), Sabine Jawurek
 (jaw), Achim Meyer auf der Heyde (amadh),
 Danja Oste (os), Constantin Quer

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt:
 Prof. Dr. Michael Hartmann, Armin Himmelrath,
 Dr. Dieter Hundt, Anna Kröning, Hans-Christoph
 Stephan

Fotos:
 Die Hoffotografen, DSW, Econ, eobiont GmbH,
 Fuchs, Kay Herschelmann (Titel u. a.), Eric
 Lichtenscheidt, Iris Maurer, Thomas Riehle,
 Rommerskirchen, Studentenwerk Göttingen,
 Studierendenwerke Hamburg und Trier

Karikatur: Klaus Stuttmann
 info@stuttmann-karikaturen.de

**Layout +
 Produktion:** Utz Zimmermann
 www.utzit.com

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH
 www.henrich.de

Beratung: Helmut Ortner
 www.ortner-concept.de

Anzeigen:
 Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. 1. 2007
 dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de

Redaktionsanschrift:
 Deutsches Studentenwerk e.V.
 Redaktion DSW-Journal
 Monbijouplatz 11
 10178 Berlin
 Tel.: +49(0)30-29 77 27-43
 Fax: +49(0)30-29 77 27-99
 E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de
 www.studentenwerke.de
 Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus
 dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher
 Genehmigung der Redaktion erlaubt.



DSW-KURZPORTRÄT

Catrin Wirth

44, Betriebswirtin, Alltagsstress sportlich gesehen

Die gute Kondition hat sie sich während ihrer Zeit als aktive Leistungssportlerin – als Handballerin – hart erkämpft. Und davon profitiert Catrin Wirth in stressigen Alltagssituationen heute noch immer. Seit Oktober 2001 arbeitet die Betriebswirtin im Deutschen Studentenwerk in Berlin, ihre Tätigkeitsbereiche sind die interne Personalarbeit und die Verwaltung. Vorher war sie über 15 Jahre in der Personalabteilung einer großen Firma für Heiztechnik und Wärmeerzeugung beschäftigt, um anschließend einen mutigen Exkurs in die Selbstständigkeit zu wagen – als freiberufliche Personalvermittlerin. Immer in Berlin.

Menschen findet Catrin Wirth generell spannend: Woraus resultiert ihre Motivation, ihr Enthusiasmus? Welches sind ihre Stärken? Die Antworten auf diese Fragen haben sie schon immer brennend interessiert. Für die Personalabteilung scheint Catrin Wirth daher so etwas wie eine Idealbesetzung zu sein. Hier kann sie neben ihren Fachkenntnissen und ihrer durch jahrelange Berufserfahrung gewachsenen Menschenkenntnis auch ihre eigene Begeisterung gezielt einbringen. An ihrer Arbeit im DSW schätzt die Mutter von zwei studierenden Söhnen speziell den (wenn auch nur indirekten) Kontakt zu jungen Menschen, der immer eine Weiterentwicklung und ein erhebliches Maß an Flexibilität erfordert. Wen wundert es da noch, dass Catrin Wirth manchmal von einem Psychologiestudium träumt? Doch jetzt startet sie im Juni 2007 erst einmal beim »8. Berliner 5 x 5 km DKB-Team-Staffel-Lauf« für das DSW – auch dabei wird sie sich wieder auf ihre Ausdauer verlassen können. *jaw*

MEDIEN



Nachgelesen

Professionell Texten Mit Praxistipps für Presse und PR

Wer den Autor dieser praxisnahen Allround-Hilfestellung für Texte jeglicher Art kennt, der weiß, dass er keinen Stein auf dem anderen lässt. Das hat seine Vorteile, denn man findet immer etwas, das auf einen selbst bzw. die eigenen Texte zutrifft. Erfreulich, wenn man nach

dem Allgemeinen und dem Einzelnen noch über typische Fehler aufgeklärt wird, von denen man gar nicht wusste, dass es welche sind. Ob Journalist, Pressesprecher oder Sekretärin, für jeden ist etwas dabei, um klar, knapp und korrekt durch die deutsche Sprache zu kommen. Die Tipps helfen dabei, ansprechende Texte zu schreiben, egal ob journalistischer Art, Geschäftsbriefe, Pressemitteilungen, Werbetexte oder etwas für's Web. *ml*

1. Auflage 2007, 266 Seiten, 24,90 Euro

Verlag Rommerskirchen, ISBN 978-3-937099-11-8

→ www.rommerskirchen.com

Im Internet

Wohnungswirtschaft im Netz



Wer sich einen schnellen Überblick über wohnungswirtschaftliche Themen verschaffen möchte und einen schnellen Zugang zu weiteren Internetseiten der Wohnungswirtschaft sucht, ist auf der Plattform für Wohnungsunternehmen richtig. Die Seiten bieten vor allem für die Wohnraumverwaltung allgemeine Informationsmöglichkeiten und Links. Hier findet man schnell wohnungswirtschaftlich relevante Gesetzestexte und Tipps zum allgemeinen Wohnungsmarkt. Außerdem bietet die Seite Links zu den Verbänden der Wohnungswirtschaft, deren Publikationen und Seminarangeboten sowie weitere hilfreiche Informationen. Ein kleines englisches Wörterbuch mit wohnungswirtschaftlichen Begriffen bietet noch einen extra Nutzen par excellence. Fazit: rundherum eine nützliche und übersichtliche Seite. *da*

→ www.wowi.de

ELTERN, JOBBEN, BAFÖG

Rolf Dobischat erklärt die Wirklichkeit der Studienfinanzierung



Rolf Dobischat,
Präsident des Deutschen
Studentenwerks

Eine solide, verlässliche und transparente staatliche Studienfinanzierung wie das BAFöG ist die beste Investition in Deutschlands Wirtschafts- und Innovationskraft, denn es ist eine Zukunftsinvestition in begabte Menschen. Fast vier Millionen Menschen haben seit 1971 dank BAFöG studieren können. Nach langem Hin und Her hat die Bundesregierung nun signalisiert, dass sie nach sechs Jahren Stagnation das BAFöG endlich erhöhen will. Jede Spitzenförderung braucht als Fundament schließlich eine ausreichende Breitenförderung.

Derzeit beziehen 345 000 der 2 Millionen Studierenden BAFöG; der durchschnittliche monatliche Förderbetrag

beträgt 376 Euro. 79 Prozent der BAFöG-geförderten Studierenden geben an, ohne BAFöG nicht studieren zu können!

Man kann es aber nicht oft genug betonen, und die neue, inzwischen 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks bestätigt es auf ein Neues: Die Studienfinanzierung in Deutschland ist eine Mischfinanzierung, und den größten Anteil tragen die Eltern. 90 Prozent der Studierenden werden von ihren Eltern unterstützt, und zwar mit 448 Euro im Monatsdurchschnitt. Die zwei weiteren wichtigen Säulen sind Jobben und BAFöG.

Bezogen auf die Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen der Studierenden muss man feststellen: Die finanziellen Leistungen der Eltern sind seit 1991 kontinuierlich auf heute 52 Prozent angestiegen, der Anteil des BAFöG an den durchschnittlichen Einnahmen ist im Vergleichszeitraum aber von 20 Prozent auf

heute 14 Prozent zurückgegangen. Berücksichtigt man den Verbraucherpreisindex, dann haben sich die finanziellen Leistungen der Eltern im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 1991 real um 19 Prozent erhöht, während die Leistungen nach dem BAFöG um 28 Prozent abgenommen haben.

Das ist ein weiterer deutlicher Beleg dafür, wie dringend das BAFöG erhöht werden muss. Wer jetzt aufschreit, dass es doch Stipendien gäbe, den muss ich enttäuschen: Ein Stipendium erhalten 2006, wie schon im Jahr 2003, lediglich 2 Prozent aller Studierenden. Den vielen vollmundigen Ankündigungen sind keine Taten gefolgt, insbesondere die Wirtschaft hält sich vornehm zurück.

Rund 1,4 der zwei Millionen Studierenden müssen bald Studiengebühren von 500 Euro im Semester zahlen. Auf die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen von 770 Euro bezogen, machen die 83 Euro Studiengebühren im Monat 11 Prozent der Einnahmen aus.

Die Studentenwerke haben in den vergangenen Jahren ihr Beratungsangebot konsequent ausgebaut und bieten mittlerweile umfassende Studienfinanzierungsberatung an.

Mir wäre es ehrlich gesagt lieber, das Geld für Studiengebühren bliebe im Portemonnaie der Studierenden und sie könnten sich voll und ganz auf ihr Studium konzentrieren. ■

»Insbesondere die Wirtschaft hält sich vornehm zurück«

rolf.dobischat@studentenwerke.de



... damit Studieren gelingt!



Wohnen • Essen & Trinken
 Kultur • BAföG • Kinderbetreuung
 Internationales • Beratung



Die Studentenwerke – Service rund ums Studium



Deutsches Studentenwerk

www.studentenwerke.de

Hört!

zum **>Campus & Karriere<**
Beispiel: **Das einzige bundesweite Radio-Magazin
für Studium und Beruf
montags bis freitags, 14:35 bis 15:00
im Deutschlandfunk**

Tagesaktuelle Meldungen rund um Studium und
Arbeitswelt, Informationen für Studierende und
Berufseinsteiger, Gespräche und Tipps – fundiert
recherchiert, kritisch hinterfragt und live moderiert.

Weitere Informationen:
Hörerservice 01803.372346
oder www.dradio.de

Hören ist Wissen.®

Deutschlandfunk